Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1909

153 (6.7.1909)

Visual Library

Nr. 153. Karlsruhe, Dienstag, den 6. Juli 1909. 29. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde d. Redaktion: 12—½1 Uhr. Redaktionsschluß: ½10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends ½7 Uhr.

Druck und Verlag Buchdruckerei Geck u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh.-Beil.: A. Weißmann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: H. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Der Zoll auf Kaffee.

Man schreibt uns: Durch die Blätter ging dieser Tage die Nachricht, daß der Reichstag eine Erhöhung des Kaffeezolls von 40 auf 60 Mk. pro 100 Kilo angenommen habe. In der anschließenden offiziellen Statistik wird ausgeführt, daß der Kaffeekonsum in Deutschland sehr erheblich wäre.

Die Inlandsversorgung stellte sich 1908 auf 1 927 550 Doppelzentner, oder 3,05 Kilo pro Kopf der Bevölkerung, der Konsum einer Durchschnittsfamilie von 4 Köpfen also auf rund 25 Pfund pro Jahr. Der seitherige Zoll auf Kaffee ergab 77 Millionen Mark, der neue bei gleichbleibender Einfuhr würde 50 Prozent, daher 38½ Millionen mehr ergeben. Kostete das Kilo Kaffee unverzollt durchschnittlich 85,6 Pfg., so mit dem Zoll 125,5 Pfg., was pro Familie eine Belastung von 5 Mk. im Jahr durch den Zoll bedeute. Durch die Erhöhung des Zolls um 50 Prozent würde die Belastung um den gleichen Betrag, also um 2,50 Mk. auf 7,50 Mk. steigen. Dieser Satz sei etwas zu hoch.

Hierzu sei einem alten Kaffeefachmann gestattet, eine kleine Richtigstellung zu veröffentlichen. Die aus dem neuen Zollsatz für den Konsumenten entstehende Mehrbelastung ist tatsächlich eine wesentlich höhere, als aus der offiziellen Statistik hervorgeht, und zwar trifft sie hauptsächlich den Verbraucher der billigeren Sorten, also die breiten Schichten des Volkes, wie wir sogleich beweisen werden.

Guter Mittelkaffee, Santos good average, wertet heute unverzollt 32 Pfg. das Pfund, also 64 Mk. pro Doppelzentner, zum alten Zollsatz beträgt hierfür die Einfuhrgebühr 62½ Proz., zum neuen 93¾ Proz. des Warenwertes. Nun gibt es aber wesentlich teurere Sorten (Java, Mokka, Porto-Ricg usw.) die von den besitzenden Klassen verbraucht werden und die ohne Zoll 80—100 Pfg. und mehr das Pfund kosten. Zum Preis von 90 Pfg. beträgt hierfür der alte Zoll nur 22¼ Proz., zum neuen Satz dagegen 33⅓ Proz. des Warenwertes. Der Verbraucher billiger Sorten hat also durch den neuen Zollsatz einen Aufschlag von 31¼ Proz. auf den Rohkaffee, die besitzende Klasse dagegen nur einen solchen von 11½ Prozent, also über 20 Proz. weniger zu bezahlen.

Nun ist aber die statistische Berechnung auch noch aus einem andern Grund unrichtig. Der Kaffee wird nicht im rohen, sondern im gebrannten Zustand konsumiert. Mit den vollkommensten Röstapparaten gebrannt, verlieren alle Kaffees im Durchschnitt 20 Proz. ihres ursprünglichen Gewichts, und zwar ist der Gewichtsverlust um so höher, je geringer die Sorte. Der tatsächliche Zoll, den der Konsument heute bezahlt, ist also nicht 40, sondern **50 Pfg. pro Kilo**; der zukünftige nicht 60, sondern **75 Pfg.**

Das macht zum alten Zollsatz eine Abgabe von 78 1/8 Proz., zum neuen eine solche von 117 1/5 Proz. des Warenwertes, also eine Differenz von über 39 Proz. für die billigen Sorten. Bei den teueren Sorten beträgt die tatsächliche Zollabgabe zum alten Satz 27¾ Proz., zum neuen 41⅔ Proz. des Warenwerts, also nur 13 11/12 Proz. mehr. Die Differenz in dem Unterschied der Mehrbelastung durch den neuen Zoll für billige und teuere Sorten beträgt demnach 25 Proz. zugunsten der letzteren.

Der neue Zollsatz soll nun dem Reich eine Mehreinnahme von 38½ Millionen bringen. Ist diese minimale Budgetverbesserung wirklich erheblich genug, müssen wir uns fragn, um eines der besten Kampfmittel der antialkoholischen Bewegung derart zu belasten, wie es tatsächlich der Fall sein wird? Wegen lumpiger 38½ Millionen, die die Suppe auch nicht fett machen, erhöht man den Preis eines so wichtigen Faktors der Volksernährung um nahezu 40 Prozent.

Lassen wir den Verbrauch von 25 Pfund pro Familie und Jahr gelten, so ergibt sich folgende Berechnung für die tatsächliche Mehrbelastung:

	Alter Satz	Neuer Satz
Kaffee-Rohpreis 32 Pfg.	—,32 M	—,32 M
Brennverlust 20 Prozent	—,08 M	—,08 M
Rohpreis des gebrannten Kaffees ohne Zoll	—,40 M	—,40 M
Zoll pro Pfund gebrannten Kaffees	—,25 M	—,375 M
Gesamteinstandspreis	—,65 M	—,775 M
Gewinnaufschlag 33⅓ Prozent . .	—,216 M	—,258 M
Preis pro Pfund für den Konsumenten	—,866 M	1,033 M

Der Mehrpreis für den Konsumenten beträgt also durch den neuen Zollsatz **16,7 Pfg. pro Pfund** oder pro Jahr und Familie 4,175 Mk. und nicht nur 2,50 Mk., wie die offizielle Statistik angibt. Der neue Zollsatz bringt also pro Kopf der Bevölkerung eine Mehreinnahme von sage und schreibe **60 Pfg.**; kostet aber dem Konsumenten 1,05 Mark, die 45 Pfg. Differenz gehen um Teil in Rauch auf, zum Teil fließen sie in die Tasche der Großbrenner, die heute den ganzen Kaffeehandel monopolisiert haben. Diese haben ein Interesse am Zollaufschlag, weil sie ihren Gewinn auf den verzollten Kaffee schlagen, zum neuen Satz evrdienen sie durch den Aufschlag 4,20 Mk. am Zentner mehr, als seither, an der Familie demnach 1,05 Mk. im Jahr. Nächst ihnen haben nur noch die ostpreußischen Schnapsjunker Interesse daran, niemals aber das Volk.

Wir erinnern uns, als in England vor einigen Jahren vom Zoll auf Tee die Rede war, sich sofort eine Liga bildete, die mit ungeheurer Propaganda und tatkräftiger Unterstützung der Temperenzler gegen den Zollplan zu Felde zog. Dieselben Gründe, die dort gegen den Zoll auf das „Volksgetränk" Tee geltend gemacht wurden, gelten bei uns für den Kaffee. Es wird kaum übertrieben sein, wenn man annimmt, daß gut neun Zehntel des Gesamtkonsums in Kaffee auf die ärmere Bevölkerung fallen, für die der Kaffee ein unentbehrliches Genußmittel ist, weil er allein die schwere Hauptnahrung jener Kreise, Kartoffeln und Schwarzbrot, verdaulich macht. An dessen Stelle müßte bei einer derartigen Verteuerung der Schnaps treten. Wozu dient die ganze Antialkoholbewegung, wenn man deren beste Waffen mutwillig vernichtet?

Wir hoffen, daß in dieser für unsere Volksernährung so wichtigen Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen sein wird. C. H.

Die Liberalen und der Schnapsblock.

Die Liberalen aller Schattierungen, Nationalliberale, Volkspartei und Vereinigung haben am Sonntag in Berlin, jede Partei für sich, Kriegsrat gehalten und das Resultat dieser Beratungen ist negativ. Alle schönen Redensarten wider die Reaktion, die den Herren so munter von den Lippen fließen, als hätte es nie einen Block gegeben, aller Entrüstungslärm über die „verderbliche, elende, jämmerliche Finanzreform" (Bassermann), die sie kaum weniger verderblich, elend und jämmerlich ach so gerne gemacht hätten, wäre es ihnen nur erlaubt worden, alle Versicherungen, nunmehr den Kampf bis aufs letzte führen zu wollen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Liberalen das einzige wirklich wirksame Kampfmittel, das sich ihnen in der gegenwärtigen Situation von selbst darbietet, nicht zu gebrauchen entschlossen sind.

Es ist Zeit, über diese Dinge mit voller Deutlichkeit zu reden. Wäre die gesamte Linke entschlossen, diese verderbliche, elende, jämmerliche Finanzreform, die von den Vertretern einer Volksminderheit gemacht werden soll, zu verhindern, läge es in ihrer festen Absicht, diese Finanzreform, mit ihr diesen Reichstag auffliegenzulassen und Neuwahlen zu erzwingen, so wird ein Kampf von wenigen Tagen genügen, um den Regierungen die Ueberzeugung beizubringen, daß die Wünsche der Linken nicht viel weniger respektiert zu werden verdienen als bisher die Befehle der Rechten respektiert wurden. Den Liberalen fällt es aber gar nicht ein, dem Druck der Rechten einen organisierten Gegendruck der Linken entgegenzustellen, sie haben am Samstg sogar den selbstverständlichen Antrag Singers, den mit Abänderungsanträgen überlasteten Branntweinsteuerentwurf in die Kommission zurückzuweisen, abgelehnt. Und am Tage darauf ließen sie sich auf ihren Parteitagen als Helden feiern.

Neueste Nachrichten.

Aus der Budgetkommission.

Berlin, 5. Juli. Die Budgetkommission des Reichstags setzte heute die Beratung des Entwurfs eines Besoldungsgesetzes in zweiter Lesung fort. Die Beratung begann bei Klasse III der Besoldungsordnung, der die Postschaffner, Rottenführer und Weichensteller zugeteilt sind. Nach den Beschlüssen der 1. Lesung sollen diese Beamten ein Anfangsgehalt von 1200 Mk. und ein in 21 Jahren erreichbares Endgehalt von 1800 Mk. erhalten. Staatssekretär Sydow erklärte, daß diese Gehaltserhöhung einen Kostenaufwand von mehr als 7 Millionen Mark verursachen würde. Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung des Anfangsgehaltes von 900 auf 1100 Mark und des Endgehalts auf 1700 Mk. sei schon sehr erheblich und die Regierungen seien nicht in der Lage, diesen für sie unannehmbaren Kommissionsbeschlüssen zuzustimmen. Unterstaatssekretär Twele betonte einem Zentrumsmitglied gegenüber, das „Unannehmbar" der Regierung sei bindend. In der Abstimmung beschloß die Kommission trotzdem einstimmig die Aufrechterhaltung des Beschlusses erster Lesung.

Noch ein Steuervorschlag.

Berlin, 5. Juli. An der Börse trat heute das Gerücht auf, daß an die Stelle der Kotierungssteuer eine Talonsteuer treten soll. Man wollte wissen, daß von 10 zu 10 Jahren bei Ausfolgung der neuen Coupons resp. Dividendenbogen die neue Steuer erhoben werden soll.

Die Eulenburgkomödie beginnt wieder.

Berlin, 5. Juli. Die „Berl. Z. a. M." meldet: Seit vorgestern ist in dem Befinden des Fürsten Eulenburg eine bemerkenswerte Verschlimmerung eingetreten. Die Gerichtsärzte sollen sich dahin ausgesprochen haben, daß der gegenwärtige Zustand des Fürsten Eulenburg gestatten würde, einer kurzfristigen Verhandlung beizuwohnen, daß der Fürst aber den Anstrengungen eines längeren Prozesses kaum gewachsen sein dürfte. Falls keine Besserung eintritt, könne der Fürst zu der übermorgen beginnenden Gerichtsverhandlung kaum erscheinen.

Privat-Telegramme.

Sydow durch Dernburg ersetzt?

Berlin, 6. Juli. In parlamentarischen Kreisen verlautet wieder einmal, daß Reichsschatzsekretär Sydow durch den Leiter des Kolonialamtes, Dernburg, ersetzt werde.

Die Einzelstaaten und die Finanzreform.

Berlin, 6. Juli. Heute treten die Finanzminister der Einzelstaaten zusammen, um über den Abschluß der Finanzreform zu beraten. Genannt werden von neuen Steuerplänen eine Kuponsteuer und eine Besteuerung der Lebensversicherungspolicen. An diese Konferenz schließt sich direkt eine Besprechung an mit den Führern der neuen Mehrheit.

Graf Oriola aus der nat.-lib. Partei ausgetreten

Berlin, 6. Juli. Der Abgeordnete Graf Oriola, der mit dem Lederkönig Frhrn. v. Heyl der Abstimmung über die Erbschaftssteuer ferngeblieben ist, hat seinen Austritt aus der nationalliberalen Partei vollzogen. Er begründet ihn in einer längeren Erklärung in der agrarischen „Deutschen Tagesztg.".

Zur Ueberführung des Z. I.

Wie das „Stuttgarter Tagblatt" mitteilt, dürften die Kosten der Landung bei Mittelbiberach mit mehrtägigem Aufenthalt, inklusive Nachfüllungen, Transportkosten, Diäten und Transportkosten für Militär usw. auf etwa **15 000 Mark** geschätzt werden.

Nach den vorliegenden Nachrichten ist die Fahrt des Zeppelin I so verlaufen:

11	Uhr	Aufstieg in	Mittelbiberach
12	„	Ulm	40 Kilometer
12,45	„	Geislingen	28 „
1,08	„	Göppingen	18 „
1,42	„	Eßlingen	26 „
1,50	„	Stuttgart	11 „
2,35	„	Pforzheim	40 „
3,10	„	Karlsruhe	23 „
3,50	„	Weißenburg	35 „
4,45	„	Bitsch	40 „
5,30	„	Saargemünd	28 „
6,00	„	St. Avold	27 „
7,10	„	über Metz	40 „
			356 Kilometer

Also die Strecke von 356 ,rund 360 Kilometer, wurde in acht Stunden zurückgelegt. Daraus ergibt sich eine Stundengeschwindigkeit von 45 Kilometer. Das ist gewiß ein schönes Ergebnis.

Großes Familienunglück.

Berlin, 5. Juli. Die Frau des Eisenbahn-Assistenten Rösener in Charlottenburg kam gestern Nachmittag mit zwei Knaben so unglücklich nieder, daß sowohl Mutter wie Kinder während der Entbindung starben. Der telegraphisch herbeigerufene Vater, der herzleidend war, erlitt beim Anblick der Leichen einen Schlaganfall und war sofort tot.

Abgestürzt.

München, 5. Juli. Gestern Abend stürzte von der Benedikten-Wand in den bayerischen Voralpen der Münchener Versicherungsbeamte Spieler ab und war sofort tot. — Von der Mädelegabel im Allgäu ist gestern der aus Württemberg stammende Tourist Mohl 300 Meter tief abgestürzt und wurde als zerschmetterte Leiche aufgefunden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Politische Uebersicht.

Kein Fraktionszwang des Zentrums.

Von bürgerlichen Blättern war behauptet worden, die Reichstagsfraktion des Zentrums habe für die Abstimmung über die Erbschaftssteuer Fraktionszwang beschlossen gehabt, wonach jedes Mitglied mit Nein zu stimmen hatte. Die „Germania“ erklärt jetzt, daß diese Behauptung auf purer Erfindung beruhe. Das Zentrum kenne überhaupt keinen Fraktionszwang; die Zentrumsabgeordneten hätten freiwillig gegen die Erbschaftssteuer gestimmt.

Durch diese Feststellung wird die Position besonders der Arbeiterabgeordneten des Zentrums, der Giesberts, Becker, Wiedeberg und Schiffer, wahrhaftig nicht gebessert. Diese haben danach gegen die Erbschaftssteuer gestimmt, obwohl sie durch keinen Fraktionsbeschluß gebunden waren und obwohl sie selbst die Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit dieser Steuer erkannt hatten, wie die Haltung der von ihnen zum Teil in eigener Person redigierten christlichen Gewerkschaftspresse zeigte. Sie haben es durch ihre Abstimmung verschuldet, daß jetzt ein Steuerbukett zusammengepfuscht wird, das der Arbeiterschaft nahezu die gesamte neue Steuerlast aufbürdet, während die Besitzenden fast verschont bleiben. Für eine solche „Arbeiterpolitik“ werden ihnen hoffentlich die Arbeiter Rheinland-Westfalens bei den nächsten Wahlen eine Quittung ausstellen, die sie sich nicht hinter den Spiegel stecken.

Einigung über die Gehaltsaufbesserung der Reichsbeamten.

Ueber die Besoldung der Reichsbeamten ist ein Kompromiß zustande gekommen, sodaß die Vorlage noch im Laufe der nächsten Woche — vielleicht zwischen der 2. und 3. Lesung der Reichsfinanzvorlage erledigt werden kann. Die Regierung hat sich bereit erklärt, 17 Millionen Mark mehr, als sie ursprünglich bewilligen wollte, für die Besoldung bereit zu stellen, sodaß im ganzen 117 Millionen Mark statt der von der Kommission ursprünglich verlangten 132 Millionen Mark erforderlich sind.

Krach im Bunde der Landwirte.

Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte für den Bezirk Kassel, Direktor Schmidt, hat sein Amt niedergelegt und ist aus dem Bund der Landwirte ausgetreten. Als Grund gab er die Haltung des Bundes der Landwirte zur Erbanfallsteuer an. Man begreift, daß es die Agrarier jetzt furchtbar eilig haben, die Finanzreform zustande zu bringen, denn allmählich sickert auch in ländliche Kreise die Wahrheit über die Erbanfallsteuer durch. Die Presse des Bundes der Landwirte hatte bekanntlich den Bauern vorgelogen, daß durch die Erbanfallsteuer auch die kleinen Bauern getroffen werden sollten und geflissentlich verschwiegen, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der deutschen Landwirte und zwar die größten und reichsten, von der Steuer getroffen worden wären.

Das Programm des liberalen Bauernbundes.

Der konstituierenden Versammlung des neuen „Bauernbundes“, der gegen den „Bund der Landwirte“ gegründet wurde, soll folgender Programmvorschlag zur Genehmigung vorgelegt werden:

1. Energische Vertretung der bäuerlichen Interessen in den Parlamenten und in den kommunalen Körperschaften auf nationaler Grundlage unter dem Wahlspruch: „Unter allen Umständen Kräftigung des Reichsgedankens“ und mit dem Grundsatz: „Das Vaterland über der Partei“.

2. Denkbar energisch ste Betätigung bei den Wahlen zu diesen Körperschaften, damit Männer gewählt werden, die gewillt sind, gesunde Wirtschafts- und Bauernpolitik zu treiben.

3. Festhalten an unserer bewährten Schutzzollpolitik entsprechend den Verhältnissen der internationalen Konkurrenz.

4. Ausbau und Verbesserung des Wahlrechts für die Landtage der Einzelstaaten entsprechend den Interessen des ländlichen Mittelstandes.

5. In Steuerfragen gleichmäßige und gerechte Verteilung der Lasten unter Vermeidung der besonderen Belastung einzelner Stände, insbesondere des Bauernstandes.

6. Gründliche Reformierung der Kreisordnungen usw., besonders in den östlichen Provinzen, dahingehend, daß auch dem Bauernstande und dem Mittelstande eine angemessene Vertretung in den Kreistagen, Provinziallandtagen, Landwirtschaftskammern usw. gewährt wird.

7. Wahrnehmung der Verkehrsinteressen bei Anlage neuer Eisenbahnen, Kleinbahnen, Landstraßen, Kanäle usw., damit derartige Unternehmungen nicht zugunsten Einzelner gemacht werden.

8. Förderung der Bildung nach jeder Richtung hin, damit auch die Kinder der deutschen Bauern gerüstet dastehen für den Kampf um das Dasein. Zu diesem Zweck wird gefordert: Einrichtung von Fortbildungskursen und Schulen, von bessern Fachschulen, Haushaltungsschulen und dergleichen unter Zuhilfenahme staatlicher Mittel. Besonders ist dabei Fürsorge zu tragen, daß das Verständnis für politische und staatliche Einrichtungen nach Möglichkeit gefördert wird.

9. Förderung der inneren Kolonisation zwecks Vermehrung der bäuerlichen Familienwirtschaften. Kampf gegen das Restgütersystem, Einschränkung der Fideikommisse und Aufteilung solcher Latifundien, besonders in der Ostmark, die von ihren Besitzern nicht persönlich verwaltet werden, deren Inhaber vielmehr ihren Aufenthalt gewohnheitsmäßig im Auslande nehmen.

10. Die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse auf dem Lande durch Schaffung und Vermehrung eines grundbesitzenden Arbeiterstandes. Die Landwirtschaft wird erst dann zu gesunden Arbeiterverhältnissen kommen, wenn dem fleißigen und sparsamen Arbeiter Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden.

11. Tatkräftige Mitwirkung an allen wichtigen, schwebenden Agrarproblemen, z. B. Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes usw.

12. Förderung der praktischen Landwirtschaft, besonders auch in technischer Beziehung.

Die konstituierende Generalversammluno findet am 6. Juli in Gnesen statt.

Ausland.

Ein sozialistischer Wahlsieg in Italien. Da die Wahl des Kreises Paterno von der Wahlprüfungskommission annulliert worden war, hat am 28. d. M. eine Ersatzwahl stattgefunden, bei der Genosse Milano ohne Gegenkandidaten mit 2255 Stimmen gewählt wurde. Der Bestand der sozialistischen Parlamentsfraktion erhält sich somit auf seiner ursprünglichen Höhe, denn der jetzige Sieg wiegt den Verlust des Mandats des Genossen Tasca auf, an dessen Stelle die Wahlprüfungskommission den ministeriellen Gegner proklamiert hat.

Ein Finanzminister als Steuerdefraudant. In Aargau (Schweiz) ist der ehemalige Regierungsrat und Finanzdirektor Dr. Käppli gestorben. Bei der Sichtung seines Nachlasses hat sich ergeben, daß der Mann, der während seiner amtlichen Tätigkeit als kantonaler Finanzdirektor (Finanzminister) darüber wachen mußte, daß der Bürger als Steuerzahler sein Einkommen und sein Vermögen richtig zur Steuertaxation angebe, selber unrichtige Vermögensangaben gemacht hatte und daß jetzt die Hinterbliebenen rund 70 000 Franken Nach- und Strafsteuer zahlen müssen. In der schweizerischen Presse ohne Unterschied der Partei wird das Verhalten des Verstorbenen einer sachlich scharfen, wenn auch persönlich milden Kritik unterworfen. Es ist nun innerhalb kurzer Frist der zweite Fall im Kanton Aargau, daß der Finanzminister mit einer so laxen Steuermoral behaftet war.

Badische Politik.

Ausgekniffen

ist der „Badische Landsmann“ auch der öffentlichen Aussprache über die Haltung des Zentrums gegenüber der Erbanfallsteuer; ja, er behauptete am Samstag sogar, wir wären den Beweis für unsere Behauptungen schuldig geblieben. Derweilen hat dieses Waldmichelchen hartnäckig alle unsere zahlenmäßigen Nachweise über seine Schwindeleien unterdrückt. Der „Landsmann“ hätte gescheiter getan, sich in diese Polemik gar nicht einzulassen, dann wäre ihm und der von ihm vertretenen Partei wenigstens die Blamage erspart geblieben. Tollpatschiger könnte die Zentrumspolitik in Sachen der Erbschaftssteuer nicht mehr in Mißkredit gebracht werden, als es durch den „Landsmann“ geschehen ist.

Aus Rücksicht auf den „Familiensinn“

derer mit einem Vermögen von mindestens 10 000 Mark, hat das Zentrum die Erbanfallsteuer abgelehnt. Dagegen hat das Zentrum eine Tabaksteuererhöhung beschlossen, durch welche anerkanntermaßen Tausende ohnehin schlecht entlohnter Arbeiter brotlos werden. Wo blieb da die Rücksicht auf auf den „Familiensinn?“ Vielleicht gibt die Zentrumspresse eine Antwort auf diese Frage.

Stillschweigen

beobachtet die Zentrumspresse über die gemeinschaftliche Aktion der beiden Eisenbahnverbände. Wenn es galt, die Organisationen gegeneinander zu hetzen, war die Zentrumspresse, speziell der „Badische Beobachter“, immer auf dem Damm; jetzt aber, wo die Arbeiter, die sich bisher gegenseitig befehdeten, sich die Bruderhand reichen, da schweigen alle Zentrumsflöten.

Was wir hier bei den badischen Eisenbahnarbeitern erlebten, wird sich bei anderen Organisationen wiederholen. Die Politik des Zentrums zwingt die Arbeiter förmlich zur Verständigung. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in den Reihen der christlichen Tabakarbeiter sich eine Opposition kundgeben wird, die der geschickteste Zentrumspädagoge nicht mehr beschwichtigen kann. Es war ja ein raffiniert ausgedachter Plan, durch das Hineinwerfen der Frage der religiösen Weltanschauung in den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter, die Aktionskraft derselben zu schwächen, was naturgemäß einer Stärkung der Kapitalsmacht gegenüber den Arbeitern gleichkam. Aber die wirtschaftlichen Triebkräfte lassen sich nun einmal nicht aus der Welt schaffen. Mehr und mehr erkennen die christlichen Arbeiter, daß die Weltanschauungsfragen, wie bei den Unternehmern, so auch bei den Arbeitern aus der Organisationsfrage ausgeschieden sind. Der Unternehmer frägt nicht darnach, ob seine Arbeiter katholisch, evangelisch oder „ungläubig“ sind, er schert sie alle über einen Kamm. Das macht der Staat genau ebenso. Deshalb ist es Verrat an den Arbeitern, sie ihrer religiösen Anschauungen wegen in wirtschaftlichen Kämpfen gegeneinander zu hetzen. Das hat der Klerikalismus aber absichtlich getan und wenn er könnte, wie er möchte, würde er die Arbeiterorganisationen auch noch konfessionell zersplittern. Den Versuch dazu haben ja seinerzeit die deutschen Bischöfe gemacht, er ist aber gescheitert, der Gedanke selbst ist aber vom Klerikalismus keineswegs aufgegeben. „Der Not gehorchend nicht dem eigenen Triebe folgend“ hat er in den sauren Apfel der konfessionell gemischten christlichen Gewerkschaften gebissen. Im Grund sind ihm diese aber so verhaßt, wie die konfessionell gemischte Ehe und wie die Simultanschule. Der Klerikalismus möchte am liebsten alles konfessionell auseinanderreißen, denn der Interkonfessionalismus ist ein Prinzip des Fortschritts und dieser bedeutet den Tod des klerikalen Systems. Die Widersprüche, die im Zentrum miteinander ringen, kommen nirgends deutlicher zum Ausdruck, als in seiner „Arbeiterpolitik“. Das Zentrum nimmt den Arbeitern stets mehr, als es ihnen gibt. Das hat sich beim Zolltarif gezeigt und jetzt wieder bei der Reichsfinanzreform. Erst beschließt es eine Steuer auf den Tabak, die tausende von Arbeiterexistenzen vernichtet und dann speist es die Arbeiter mit einem Almosen ab. Diese Politik des fortgesetzten Verrats an den Arbeiterinteressen wird und muß zu einer Rebellion der katholischen Arbeiter gegen die Zentrumspolitik führen. Der Anfang dazu ist gemacht.

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

153 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Der abgemessene, fast kurze Ton, in welchem das junge Mädchen diese beiden Worte aussprach, machte die Baronin von ihrer Arbeit jäh in die Höhe blicken. Sie bemerkte jetzt zum ersten Male die blassen Wangen ihrer Tochter, und ihre eigenen Wangen entfärbten sich.

Du fühlst dich doch nicht unwohl? sagte sie, und ihre Stimme war weniger fest als sonst. In diesem Falle wollen wir unsere Unterredung auf eine gelegenere Zeit verschieben. Du wirst so schon für heute Abend deine Kräfte nötig haben.

Ich fühle mich vollkommen wohl, erwiderte das junge Mädchen; ich stand sogar eben im Begriff, dich um eine Unterredung bitten zu lassen, da auch ich dir eine Sache von Wichtigkeit mitzuteilen habe.

Du mir? sagte die Baronin, ihre großen, tief liegenden Augen spürend auf das bleiche Antlitz ihrer Tochter heftend. Du mir? was kann das sein? laß doch hören!

Es ist dies! sagte Helene. Ich fand vorgestern Abend in der Nähe der Kapelle einen Brief —

Die Baronin hob ihr Haupt und warf Helenen ein Blick zu, in welchem Bestürzung, Zorn, Furcht und Trotz auf eine seltsame Weise gemischt waren.

Einen Brief, fuhr Helenen fort, den ich vorgestern Morgen geschrieben und Luisen zur Besorgung übergeben hatte. Der Brief war natürlich, als ich ihn Luisen gab, versiegelt, als ich ihn wiederfand, war er erbrochen. Ich kann nicht glauben, daß Luise, die mir überdies zugetan scheint, ein solches Interesse an meiner Korrespondenz nimmt, um sich auf die Gefahr hin, ihren Dienst zu verlieren, eines solchen Vergehens schuldig zu machen, muß also annehmen, daß irgend jemand sonst im Schloß es der Mühe wert hält, meinen Geheimnissen nachzuspüren. Nun war es meine Absicht, zu fragen, was du mir in dieser Sache zu tun rätst.

Die Baronin hatte, während Helene sprach, sehr eifrig genäht. Jetzt blickte sie wieder auf und sagte:

An wen war dieser Brief?

An Mary Burton.

Hast du dich in dem Briefe frei geäußert?

Wie man an eine Freundin eben schreibt.

Standen Sachen darin, von denen du nicht gerne möchtest, daß sie andern zu Gesicht kämen?

Allerdings.

Auch nicht deinen Eltern?

Helene schwieg.

Auch nicht deinen Eltern?

Ja.

Zum Beispiel, daß deine Eltern für dich tot sind, ebenso wie deine übrigen Verwandten?

Du hast den Brief gelesen?

Wie du siehst.

So habe ich nichts weiter zu sagen und zu fragen.

Helene verbeugte sich und wandte sich, zu gehen.

Bleib, sagte die Baronin; wenn du nichts weiter zu sagen hast, so habe ich noch mehrere Fragen an dich zu richten, die du mir gütigst beantworten wirst. Was den Brief betrifft, so beruhige dich. Wenn Eltern ihren Kindern die Erlaubnis geben, frei zu korrespondieren, tun sies in der Erwartung, daß die Kinder dieser Erlaubnis würdig sind. Sehen sie sich in dieser Erwartung betrogen, nehmen sie ihre Erlaubnis zurück. Darin liegt nichts außerordentliches. Das aber ist außerordentlich, wenn ein Kind, das von seinen Eltern nur Liebe erfahren hat, sich von seinen Eltern lossagt; das ist außerordentlich, wenn ein Kind die Stirn hat, dies zu denken, eine Hand, es niederzuschreiben, den Mut, dieses schriftliche Bekenntnis ihrer Armut andern unter die Augen zu bringen. Was hast du darauf zu erwidern?

Nichts.

Und wenn nun dieses Kind die Gefühle der Liebe, die sie ihren Eltern, der Zuneigung, die sie ihren übrigen Verwandten zum mindesten schuldet, nur verleugnet, um Fremde damit zu beglücken, eine sogenannte Freundin zum Beispiel, die weiter kein Verdienst hat, als mit ihr in einer Pension gewesen zu sein; einen Knaben, der aus Gnade und Barmherzigkeit in dem Hause ihrer Eltern aufgenommen wurde; einen bezahlten Diener ihrer Eltern — jawohl, mein Fräulein! einen bezahlten Diener, mit dem die Eltern nebenbei im höchsten Grade unzufrieden sind — was hast du darauf zu erwidern?

Nichts.

Und wenn nun deine Eltern dir doch verzeihen; wenn deine Verwandten, obgleich du es nicht verdienst, dir ihre Liebe dennoch nicht entziehen wollen; wenn du siehst, daß Eltern und Verwandte sich die Hand reichen, mit vereinten Kräften dich, die schon mehr als halb verloren ist, zu retten; wenn deine Eltern dir in der Person eines Gemahls einen Freund und Beschützer geben wollen, der dich in Zukunft vor solchen Torheiten — ich will einmal einen milden Ausdruck wählen — vor solchen Torheiten, wie du sie an Mary Burton geschrieben hast, bewahren wird; und wenn einer deiner liebenswürdigsten Verwandten die Güte haben will, dieses schwierige Amt eines Gatten, Freundes und Lehrers bei dir zu übernehmen, wirst du darauf wieder nichts zu erwidern haben?

Doch! sagte Helene, die, ohne eine Miene zu verändern, bleich und still dagestanden hatte, die großen dunkeln Augen mit dem Ausdruck unerschütterlichen Mutes auf ihre Mutter richtend, welche bei den letzten Worten aufgestanden war und ihr jetzt gegenüberstand, doch! ich habe darauf zu erwidern, daß ich tausendmal lieber sterben, als Felix' Gattin werden will.

Sie sagte das ruhig, langsam, gleichsam jede Silbe wägend.

Und wenn deine Eltern es befehlen?

So kann ich nicht und so werde ich nicht gehorchen.

Und wenn sie heute Abend der versammelten Gesellschaft deine Verlobung mit Felix ankündigen?

So werde ich der versammelten Gesellschaft sagen, was ich dir soeben gesagt habe.

Ist das dein wohlerwogener Entschluß?

So wahr mir Gott helfe: ja!

Nun denn! so sage ich mich von dir los, wie du dich

Gegen die Tabaksteuer.

Von den 9 badischen Zentrumsabgeordneten haben im Reichstag nur zwei, die Abgg. Fehrenbach und Schüler, gegen die Tabaksteuererhöhung gestimmt. Ob die christl. Tabakarbeiter im 6. Wahlkreis sich damit zufrieden geben, daß Herr Fehrenbach ein verneinendes Votum in dieser für sie so wichtigen Frage abgegeben hat, erscheint uns zweifelhaft. Herr Fehrenbach konnte sich diesen Seitensprung um so leichter erlauben, als ja fast die gesamte Zentrumsfraktion für die Steuer stimmte. Nicht auf die Abstimmung des einzelnen Abgeordneten, sondern auf die der Partei, bezw. ihrer parlamentarischen Vertretung kommt es an. Es ist für die katholischen Tabakarbeiter des badischen Landes kein Trost, daß die Herren Schüler und Fehrenbach sich gegen diese Steuer erklären, denn das Zentrum hat die Steuer durchgesetzt und damit die Interessen der Tabakrbeiter aufs schwerste geschädigt.

Zeichen der Krise.

Die wirtschaftliche Krise macht sich auch in den amtlichen Zahlen bemerkbar, die über die zur Betreibung der Steuern, Justiz-, Polizei- und Steuerstrafen im Jahre 1908 notwendigen Amtshandlungen mitteilte. Mahnungen mußten insgesamt 339 503 vollzogen werden (14 255 mehr als 1907), die Zahl der Fahrnispfändungen, bei denen auf Erscheinen des Vollstreckungsbeamten bezahlt wurde, betrug 92 985 (3169 weniger als im Vorjahr), die der erfolglos versuchten Fahrnispfändungen 52 472 (8567 mehr), die der vollzogenen Fahrnispfändungen 4663 (12 weniger). Fahrnisversteigerungen endlich wurden 141 vollzogen (46 mehr als im Jahre 1907).

Ein politischer Beleidigungsprozeß.

Vor der Mosbacher Strafkammer wurde die Beleidigungsklage verschiedener Mitglieder des Kriegervereins Walldürn gegen den Kaplan Senn und die Redakteure Stumpf und Anniser in zweiter Instanz verhandelt. Der Höpfinger Kriegerverein hatte zu seiner letztjährigen Fahnenweihe zwar den Walldürner Kriegerverein, aber nicht den aus dem Militärvereinsverband ausgetretenen Militär- und Veteranenverein eingeladen. Das veranlaßte den Kaplan Senn zu einem Artikel, in dem unter anderem der Kriegerverein Walldürn als „liberalsozialdemokratischer Verein", der das Fest verschönern werde, verhönt wurde. Dem Höpfinger Verein wurde zu dieser „hohen Ehre" gratuliert. Das Schöffengericht verurteilte den Verfasser und die beiden Redakteure des „Walldürner Volksblattes" und des „Tauber- und Frankenboten" zu 15 und 10 M. Geldstrafen. Die Verurteilten legten Berufung ein. Als der Strafkammervorsitzende den Angeklagten riet, den Privatklägern durch eine angemessene Erklärung ihr Bedauern auszusprechen und die Hand zu Vergleich und Frieden zu bieten, wurde das rundweg abgelehnt. Kaplan Senn will den Artikel nur verfaßt haben, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Nach der Urteilsbegründung war der Artikel weder geeignet, noch dazu bestimmt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Vielmehr sollte nur der Kriegerverein herabgesetzt werden. Der Vorwurf sozialdemokratischer Tendenz wurde als unberechtigt, der Nachweis als nicht erbracht erklärt. Die Berufung wurde kostenfällig verworfen.

Der Vorfall zeigt wieder, in welch gewissenloser Weise die Waldmichelpresse die politische Hetze betreibt. Daß ein Militärverein nichts mit der Sozialdemokratie zu tun hat, weiß bald jedes Kind. Das hindert aber die Zentrumspresse nicht, auch Militärvereine als sozialdemokratisch zu denunzieren und dann hinterher zu behaupten, man habe mit der Denunziation nur die Sozialdemokratie bekämpfen wollen. Zentrumsmoral!

Zur Bevölkerungsbewegung des Großherzogtums im Jahr 1908.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Statistik über die Bewegung der Bevölkerung beträgt die Gesamtzahl der im Großherzogtum im Jahr 1908 standesamtlich gemeldeten Geborenen einschließlich Totgeborenen 69 056. Bei einer mittleren Bevölkerung von 2 088 080 kommen demnach auf 1000 Einwohner 33,07 Geborene überhaupt. Gegenüber dem Vorjahre hat die Zahl absolut und relativ zugenommen; sie betrug im Jahr 1907: 67 686 oder auf 1000 Einwohner 32,98. Von den Lebendgeborenen waren 34 189 Knaben, davon 31 646 ehelich, und 33 145 Mädchen, davon ehelich 30 579. Totgeboren waren 1005 Knaben, davon ehelich 906, und 717 Mädchen, davon 637 ehelich. Demnach war die Gesamtzahl der Lebendgeborenen 67 334, die der Totgeborenen 1722; die der Knaben 35 194, die der Mädchen 33 862; die der ehelich Geborenen 63 768, die der unehelich Geborenen 5288, aller Geborenen. Von den ehelich Geborenen waren 1543 totgeboren, von den unehelich Geborenen 179. Die Totgeborenen bei den unehelich Geborenen übersteigen demnach die bei den ehelich Geborenen fast um 1 Proz. Von den im Jahre 1908 Geborenen waren 67 313 Einzelgeborene und 1743 Mehrgeborene, nämlich 1710 Zwillinge und 33 Drillinge. Die Zwillinge waren in 258 Fällen 2 Knaben, in 264 Fällen 2 Mädchen und in 333 Fällen 1 Knabe und 1 Mädchen. Als Drillinge kame zur Welt 2 mal 3 Knaben, 3 mal 3 Mädchen, 2 mal 2 Knaben, 1 Mädchen und 4 mal 1 Knabe 2 Mädchen.

Gestorben sind im Jahre 1908 einschließlich der Totgeborenen 39 601 Personen, 370 weniger als im Vorjahre, davon waren 20 922 männlich und 19 308 weiblich; von 1000 Einwohnern überhaupt starben 18,96. Bringt man von dieser Zahl die totgeborenen Kinder (1722 aller Gestorbenen) in Abzug, so entfallen auf 1000 Einwohner 18,14 Gestorbene. Die Sterblichkeitsziffer ist in den letzten Jahren in erfreulicher Abnahme begriffen. Im ersten Lebensjahr starben (ohne Totgeborene) 11 355 Kinder oder 29,98 Proz. der Gestorbenen; hierunter befanden sich 6357 Knaben, davon ehelich 5690, und 4998 Mädchen, davon ehelich 4464. Auf 100 im ersten Lebensjahr gestorbene Kinder entfallen 56 Knaben und 44 Mädchen, d. h. die Sterblichkeit der Knaben ist im ersten Lebensjahr wesentlich höher als die der Mädchen. In Prozenten der Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahr 16,87, d. i. die niederste Ziffer seit vielen Jahren. Wie immer ist die Sterblichkeit unter den unehelich Geborenen höher als die der ehelich Geborenen; von letzteren starben auf 100 Kinder nur 15,22, von den unehelichen dagegen 22,71. Die Höhe der oben festgesetzten Ziffern über die unehelich Totgeborenen und die erhöhte Sterblichkeit der unehelichen Kinder im ersten Lebensjahr erklärt sich aus denselben Ursachen, der mangelhaften Fürsorge vor, während und nach der Geburt. In der Altersklasse von 1—14 Jahren starben 1782 männliche und 1802 weibliche Personen (zusammen 9,46 der Gestorbenen ohne Totgeborenen), von 14—70 Jahren 7798 männliche und 7775 weibliche Personen, von 70—80 Jahren 2339 männliche und 2735 weibliche Personen. Ueber 80 Jahre alt waren 2293 Personen, und zwar 1012 männliche und 1281 weibliche.

Aerztlich behandelt wurden von den Gestorbenen 28 323 Personen oder 74,77 Proz. der Gestorbenen überhaupt (ohne Totgeborene). In Anstalten starben 5153 Personen. Unter den Todesursachen stehen die Krankheiten der Lunge an erster Stelle. Der Lungenschwindsucht (einschl. Miliar- und allgemeine Tuberkulose) erlagen im Berichtsjahre immer noch 3814 Personen, trotzdem ist seit dem Jahr 1904 absolut und relativ ein Rückgang dieser Krankheit zu verzeichnen; der Durchschnitt im letzten Jahrzehnt betrug 4098 Fälle. Dazu kommen noch 1659 Personen, die an katarrhalischer und 1425, die an kruppöser Lungenentzündung gestorben sind. Die Todesfälle an Krebs, Sarkom und sonstigen bösartigen Geschwülsten haben 2224 betragen, d. s. 123 Fälle mehr als im Jahre 1907. An Herzleiden sind 3447 Personen gestorben. Die Zahl der gewaltsamen Todesfälle betrug 1300, und zwar 765 Unglücksfälle, 471 Selbstmorde und 64 Fälle von Verbrechen bezw. Vergehen.

Das Jahr 1908 schließt mit einem Geburtsüberschuß von 29 455 Personen oder 14,11 auf 1000 Einwohner gegen 27 987 oder 13,55 im Vorjahr. Ehen wurden 15 764 geschlossen gegen 16 661 des Vorjahrs. Auf 1000 Einwohner kamen demnach im Jahr 1908: 7,5 Eheschließungen gegen 8,1 im Jahr 1907.

Aus **Durlach schreibt** man uns: In seiner Nummer vom 23. Juni brachte das „Durl. Wochenblatt" einen Bericht über eine am Abend vorher stattgehabte Versammlung des nationalliberalen Vereins, in der Herr Bahnverwalter Fritsch hier als Landtagskandidat aufgestellt wurde. Nach dem Bericht hat nun Herr Fritsch in seiner Kandidatenrede u. a. die Wendung gebraucht: Die bisherigen Abgeordneten hätten die Interessen der Stadt Durlach, namentlich Karlsruhe gegenüber, stark vernachlässigt. Im „Volksfreund" vom 25. Juni forderten wir Herrn Fritsch als Ehrenmann auf, den Wahrheitsbeweis für diese schwerwiegende Behauptung anzutreten, wenn er nicht wolle, daß seine diesbezüglichen Ausführungen als haltlose Verdächtigungen angesehen werden sollen. Bis zur Stunde nun hat Herr Fritsch mit keinem Worte versucht, den verlangten Wahrheitsbeweis anzutreten; er hat damit stillschweigend den Vorwurf, haltlose Verdächtigungen schwerwiegender Natur ausgesprochen zu haben, als berechtigt anerkannt und darf sich nicht wundern, wenn er unsrerseits im Wahlkampf entsprechend eingeschätzt wird. Zu seiner Information möchten wir ihm aber doch bemerken, daß seinerzeit Herr Bürgermeister Dr. Reichardt dem Abgeordneten Fendrich in öffentlicher Bürgerausschußsitzung das Lob und die Anerkennung der Stadtverwaltung aussprach für die geschickte und energische Wahrung der Interessen der Stadt in der Bahnhofsfrage.

Bruchsal. In der letzten Woche wurde im Reichstag die Tabaksteuervorlage beraten. Die Sozialdemokraten wehrten sich ja ritterlich gegen dieselbe. Es macht aber einen ganz jämmerlichen Eindruck, wenn man sieht, daß das Zentrum, diese sogenannte Volkspartei, dieser Steuer ihre Zustimmung gegeben hat. Gerade die hiesige Gegend, die einen bedeutenden Aufschwung in den letzten Jahren speziell in der Tabakindustrie erfahren hat, wird unter der neuen Steuer sehr zu leiden haben. Auf jedem Dorf bestehen einige Zigarrenfabriken und die Arbeiterschaft leistet dem Zentrum noch Folge. Man muß die Lage dieser Leute einigermaßen kennen, um ein Bild von dem traurigen Dasein dieser Parias zu erhalten. Mann und Frau gehen in die Fabrik, um für Hungerlöhne zu fronden. In vielen Fällen wird noch Arbeit mit nach Hause genommen, die Kinder werden sich selbst überlassen, oder werden in einer geistigen Verblödungsanstalt untergebracht. Braucht es einen da zu wundern, wenn ihrer das gleiche Schicksal harrt. Mit Lungentuberkulose sind sie fast alle behaftet, diese Menschen, die verdammt sind, ihr Brot in der Tabakindustrie zu verdienen; und es wird durch diese neue Steuer nicht besser, wohl aber noch viel schlechter werden. Stellt doch heute schon die Tabakindustrie im hiesigen Bezirk die meisten Rentenempfänger. Dies Bild wird aber durch diese neue Steuer kein besseres, sondern ein noch viel schlechteres werden und das alles mit Hilfe des volksverräterischen Zentrums.

Zu dem Duell-Mord im Harz

müssen wir noch einiges nachtragen, was den ganzen Vorfall in einem ungeheuerlichen Lichte erscheinen läßt.

Zunächst der Tatbestand selber. Das Duell fand am Morgen des 14. Juni in Heers bei Blankenburg, in der Nähe der romantischen Burgruine Regenstein statt. Der Geforderte war der Oberleutnant Zwitzers vom Infanterieregiment Nr. 165 in Blankenburg, der Fordernde ein Oberleutnant Granier vom Infanterieregiment Nr. 61 in Thorn. Die Bedingungen waren äußerst streng.

Zehn Schritte Distanz, gezogene Pistolen, 30 Sekunden Zielzeit, abwechselndes Schießen bis zur Kampfunfähigkeit eines der Gegner. Zwei Aerzte waren zur Stelle, der Platz war in großem Umkreis von zwei Sektionen Soldaten gesperrt, auf dem Bahnhof Blankenburg stand, wie schon gemeldet, eine Lokomotive mit einem Bahnsanitätswagen bereit, in dem dann der Verwundete in das Halberstädter Krankenhaus geschafft wurde. Den ersten Schuß hatte der Beleidigte und Fordernde, Oberleutnant Granier. **Er zielte sorgfältig, offenbar nach dem Kopf des Gegners; die Kugel ging diesem haarscharf am Ohr vorbei.**

Nunmehr war der Geforderte, Oberleutnant Zwitzers, am Schuß, aber die Pistole versagte. Nach der üblichen Auffassung gilt ein Versager als Schuß. Infolgedessen wurden

---

von mir losgesagt hast! so gehe denn hin und wirf dich dem Bettler in die Arme! Aber nein! noch gibt es Mittel, diese Schande wenigstens vor der Welt zu verbergen. Morgen packst du deine Sachen; übermorgen gehst du in die Pension zurück.

Ein Strahl wie von Freude brach aus Helenens dunklen Augen und ein zartes Rot flog über ihre bleichen Wangen.

Ich gehe gern, sagte sie.

Aber nicht nach Hamburg, sagte die Baronin, und es lag eine grausame Ironie in Ton und Wort: ich habe genug von Mary Burton. Du gehst nach Grünwald. Ich habe schon an Fräulein Bär geschrieben. Sie ist nicht ganz so nachsichtig wie Madame Bernhard, aber mit der Zeit der Güte und Nachsicht ist es jetzt auch vorbei. Begieb dich auf dein Zimmer. Um sechs wünsche ich dich zum Ball angezogen zu sehen. Ueberlege dir noch einmal, was du tun willst. Ich gebe dir bis dahin Bedenkzeit. Du kannst gehen.

Helene ging, ohne ein Wort zu erwidern, nach der Tür. Als sie dieselbe fast erreicht hatte, trat der alte Baron herein.

Wo willst du hin, mein Mädchen? sagte er, die Hand freundlich nach ihr ausstreckend.

Helene ergriff die Hand; drückte sie an ihre Lippen und sagte:

Verurteile mich nicht, Vater, ohne mich gehört zu haben.

Dann eilte sie aus dem Zimmer.

Was hat das Mädchen? sagte der alte Herr, ihr voller Erstaunen nachsehend.

Komm, Grenwitz, sagte die Baronin, ich habe über eine Sache von Wichtigkeit mit dir zu sprechen.

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Neueinstudierung:

„Die Journalisten."

Die klassische Periode unserer deutschen Literatur hat uns nur zwei Lustspiele geschenkt, die sich den Lustspielen eines Shakespeare und eines Molière würdig zur Seite stellen können: Lessings „Minna von Barnhelm" und Kleists „Zerbrochener Krug". Aber Kleists Meisterwerk wurde in solch sinn- und wirkungsstörender Inszenierung in Weimar aufgeführt, daß das Verständnis für dieses Werk, wie überhaupt für viele andere Werke des unglücklichen Dichters, einer späteren Zeit vorbehalten bleiben mußte. So ist Heine zu begreifen, wenn er einmal verzweifelt ausruft: „Ist es wahr, daß wir Deutsche wirklich kein gutes Lustspiel produzieren können und auf ewig verdammt sind, dergleichen Dichtungen von den Franzosen zu borgen?!" Und erst viele Jahre später sollte sein Wunsch nach einem guten deutschen Lustspiel erfüllt werden, das, wenn auch nicht von der klassischen Reinheit der Charakteristik und der Gedankenführung, die uns bei Lessing und Kleist entgegenleuchtet, doch heiter, sonnig und voll tiefen deutschen Humors war und in seiner lebenswahren und packenden Schilderung der damaligen Journalisten ein gut Stück dauernde Werte enthält. Die Uraufführung der „Journalisten" von Gustav Freytag fand in Breslau statt. Doch hat der Dichter dieser Aufführung kaum Beachtung geschenkt; als eigentliche erste galt ihm die Karlsruher Vorstellung, deren Leiter, Eduard Devrient, in engen Beziehungen zu ihm stand und mit dem er die Aufführung brieflich vorbereitet hatte! Interessant ist es, Devrients eigenen Bericht zu lesen: „Die brutale Roheit des Hustens, Räusperns und Speiens und trompetenartigen Schnäuzens, worin das Publikum des vollen Hauses wetteifert (O tempora, o mores!), dazu die mangelhafte Akustik dieser Schmierbude überhaupt, waren den Feinheiten des Stückes ungünstig genug! (Die Vorstellungen fanden damals interimsweise, nach dem Brande des alten Theaters, im Orangeriegebäude statt). Ich mußte das Personal treiben, laut zu sprechen. Aber es ging gut, exzellent und gefiel." Die Besetzung wies erste Kräfte auf, darunter Friedrich Haase als Schmock und Rudolf Lange als Dr. Bolz. Soviel über die Vorgeschichte des Stückes. —

Am Samstag brachte nun die Intendanz kurz vor Toresschluß eine Neueinstudierung des Lustspieles heraus; als verantwortlicher Regisseur zeichnete Herr Kienscherf. Wir zollen dem Wollen und Können dieses Mannes vollkommen unsere Achtung und wissen, wie schwer es ist, in kurzer Zeit eine Bühne, die Devrientsche Traditionen hat, wieder in die Höhe zu führen, wir können aber unmöglich über einige Verstöße hinweggehen. Daß das Stück in ganz modernem Gewande gegeben wird, ist begreiflich, denn gerade für unsere Zeit paßt der im Mittelpunkt der Vorgänge stehende Wahlkampf der Konservativen gegen den Liberalismus gar nicht schlecht. Daß aber dann Frau Piz als Frau Piepenbrink und Herr Wahl als Fritz in der Tracht der 40er Jahre auftreten müssen, ist durchaus unnötig und stört die Einheitlichkeit. Auch dekorativ wurde gesündigt. Die Vorstellung an sich war gut und wirkte noch immer frisch und lebendig, wenn auch Einzelheiten immerhin schon verblaßt sind. Den Oberst Berg, den Kandidaten der konservativen Partei, gab Herr Mark flott und diesmal, was er oft vermissen läßt, war ein leiser Unterton von Herzlichkeit dabei. Sein unglückliches liberales Töchterlein Ida verkörperte Alwine Müller, lieb, verliebt, wie man es sich wünscht. Der Hausfreund und zukünftige Bräutigam Idas und der liberale und siegreiche Gegenkandidat des Obersten, Professor Oldendorf, Redakteur des liberalen Parteiorgans „Union", wurde von Herrn Höcker recht erfreulich gespielt. Und nun gleich die anderen Herren von der „Union". Konrad Bolz, der edle, leichtsinnige, große Junge mit dem frechen Mund und dem weichen Kinderherzen gab Fritz Herz, wie eben nur Fritz Herz ihn geben kann. Eine vorzügliche Leistung war dann auch der Bellmaus des Herrn Krones, der glühende Frauenverehrer mit dem schüchternen Herzen, der sich nebenbei als lyrischer Dichter auszeichnet. Auch der Leitartikler Kämpe, Herr Nesselträger, und die anderen Redakteure, dargestellt von den Herren Schmidt, August und Max Schneider, boten befriedigende Leistungen.

Nun ein Sprung ins Lager des Gegners, in die Redaktion des konservativen „Coriolan". Herr Korth, als Blumenberg, war annehmbar. Die Seele der konservativen Partei, Gutsbesitzer Senden, der um die Hand der Freundin Idas und Jugendfreundin Bolz's — Adelheid Runeck — wirbt, fand in Herrn Baumbach eine für diesen Intriguanten fast zu vornehme Verkörperung. Die Leistung Herrn Wassermanns als Schmock wäre ein Meisterstück zu nennen, wenn seine Wiedergabe dieses Hungerjournalisten ein wenig mehr der Intuition des Dichters entsprochen hätte. Bolz's Geliebte, Adelheid Runeck, der gütige Engel des Stückes, wurde von Frl. Delkamp mit redlicher Mühe verkörpert, nur scheint uns die Dame hier nicht an ihrem Platze zu stehen. Bolz's Freund und Verehrer Piepenbrink, Herr Dapper, entfesselte Stürme von Heiterkeit. Spiel und Maske des Weinhändlers waren etwas übertrieben karikiert. Frau Piepenbrink, Frau Piz, Tochter und Schwiegersohn, Fräulein Sieferle und Herr Wahl, waren gut. Und — last not least — die vorzügliche Leistung des Herrn Hallego als Korb.

Kr.

neue Pistolen genommen, und Herr Granier erhielt das Kommando zum Schießen. **Wieder zielte er sorgfältig, diesmal offensichtlich etwas tiefer, und traf.** Die Kugel ging dem Gegener in die rechte Brustseite, durchbohrte die Lunge und blieb im zweiten linken Brustwirbel sitzen. Der Getroffene sank sofort um, wurde mit einem Notverband versehen und sodann in die Klinik nach Halberstadt geschafft. In der nächstfolgenden Nacht starb er. **Er war jung verheiratet, Vater eines etwa zweijährigen Kindes und hinterläßt eine Witwe, die der Geburt eines zweiten Kindes entgegensieht.** Am Freitag darauf wurde er in Blankenburg unter allgemeiner **Teilnahme der ganzen Stadt** begraben. Die Verzweiflung **der Witwe war unbeschreiblich.**

*

Dies die Vorgänge bei dem Duell selber. Und nun die Gründe? Sofort mit dem Bekanntwerden des Duells hieß es, daß sie in einer schweren Beleidigung der Braut des Herrn Granier durch Oberleutnant Zwitzers zu suchen seien. Zwitzers habe diese junge Dame, die der Kaisersgeburtstagsfeier seiner Kompagnie ohne ihren abwesenden Bräutigam beigewohnt habe, nach Hause begleitet und sich bei dieser Gelegenheit gegen ihre Ehre vergangen.

Hierüber eine völlige Klarheit und ganz objektive Darstellung zu erhalten, wird vorläufig nicht möglich sein. Der Ehrenrat, dem die Sache zur Aburteilung vorgelegen hat, darf nicht sprechen, und Herr Granier verzichtet in einem Brief an eine braunschweigische Zeitung auf eine Widerlegung der Darstellung, die ein anderes braunschweigisches Blatt vor kurzem gebracht hatte. Dagegen liegen von der anderen Seite, von der Familie des Getöteten, ganz bestimmte Nachrichten vor, teils mündliche Erklärungen, aber auch eine Zuschrift an die genannte Zeitung. Danach kann von einem schwereren Vergehen nicht die Rede sein. Zwitzers, der an dem betreffenden Tage zum Oberleutnant befördert war, hatte sich den ganzen Abend in ausgelassener, übermütiger Stimmung befunden. Als er dann mit der Braut Graniers, die sich wie alle übrigen Anwesenden von seiner Lustigkeit hatte mitreißen lassen, auf dem Heimweg war, hat er den Versuch gemacht, die Dame zu küssen. Diese hat ihn zurückgewiesen, ihm aber, noch ehe sie sich trennten, seine Dreistigkeit verziehen. Vor der Tür ihres elterlichen Hauses sollen sich beide das Versprechen gegeben haben, gegen niemand über die Sache zu sprechen. Als aber zu Pfingsten ihr Verlobter in Blankenburg war, hat sie ihm (17 Wochen nach dem Vorfall!) doch noch Mitteilung davon gemacht, und darauf hat Granier gefordert. Vor dem Ehrenrat soll Herrn Zwitzers die Frage vorgelegt worden sein, ob das Verhalten der Dame ihm Veranlassung zu seiner Verfehlung gegeben habe, was sie mit Bestimmtheit verneint hatte. Daraufhin habe Zwitzers geantwortet: „Wenn die Dame das sagt, so ist es so". Jedenfalls steht die Tatsache wohl unumstößlich fest, daß ein Offizier von einem andern auf schwerste Bedingungen gefordert worden ist, weil er in übermütiger Laune, auf dem Heimweg von der Kaisergeburtstagfeier, unter den Nachwirkungen des Festessens und in der freudigen Erregung über seine Beförderung, sich zu dem Versuch hat hinreißen lassen, der Braut des andern einen Kuß zu geben. Fest steht, daß der Ehrenrat diese Forderung gebilligt und ein Duell unter Bedingungen gutgeheißen hat, welche die Tötung des einen oder des andern der Gegner so gut wie sicher zur Folge haben mußte.

Die Tötung des einen oder des andern der Gegner! Ist das der richtige Ausdruck? — Nein! Denn man darf nicht vergessen, daß die Gegner nicht zu gleicher Zeit miteinander, sondern nacheinander ihre Schüsse abzugeben hatten. **Und der Fordernde hat den ersten Schuß. Auf zehn Schritt Distanz mit einer halben Minute Zielzeit** — man vergegenwärtige sich das einmal, oder noch besser: man versuche durch eine Probe, mit der Uhr in der Hand, was das heißen will! Und der Fordernde hat den ersten Schuß! Und nachdem er trotzdem und fast unbegreiflicherweise gefehlt hat und der Gegner durch das Versagen der Pistole nicht zum Schuß gekommen ist, hat er **nochmals** den ersten Schuß und darf sich in einer Ruhe, eine halbe Minute lang, den Gegner zum Ziel nehmen, um den Wehrlosen niederzuknallen. Und er knallt ihn nieder! Tötet ihn, mit Vorsatz, wenn auch vielleicht nicht mit Ueberlegung. (?) Wie nennt man das im „bürgerlichen" Strafgesetzbuch? Ist das etwas anderes, als wenn ein Bauernbursch den anderen aus Eifersucht niedersticht? Wobei zu bedenken ist, daß dieser andere sich von Anfang an wehren darf, während bei der ehrenrätlich von Anfang an wehren darf, während bei der ehrenrätlich sanktionierten Handlung der Angegriffene still zu stehen und dem Gegner ruhig in den Lauf seiner Pistole zu blicken hat!

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Juli.

Der Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1,15 Uhr.

Am Bundesratstische: Staatssekretär Sydow und Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzes auf **Aenderung des Schankgefäßgesetzes.** Das Gesetz sieht die Bestimmung vor, daß Schankgefäße nur Quarten enthalten dürfen, die von einem Liter an Stufen von 10 Teilen und von einem halben Liter an Stufen von 20 Teilen des Liters bilden.

Abg. **Neuner** (Zentr.) wünscht die Schaffung von Uebergangsbestimmungen.

Die Vorlage wird an eine besondere Komission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über das **Erbrecht des Staates.**

Abg. **Franck** (natl.): Das Erbrecht des Fiskus ist durchaus populär. Dem grundlegenden § 1 werden wir zustimmen.

Abg. **Dove** (fr. Vp.): Es ist durchaus gerecht, den Staat als Erben manchen entfernten Verwandten des Erblassers vorzuziehen.

Abg. **Ulrich** (Soz.):

Wir werden für das Prinzip der Vorlage stimmen, wenn wir auch eine Bestimmung darüber wünschen, wie das Geld verwendet werden soll. Wir lassen uns lediglich von dem sozialen Gedanken leiten und wir stimmen in der zweiten Lesung nur dem Prinzip zu. Was wir in der dritten Lesung tun, das hängt von der Verwendung des Geldes ab. Die Gründe gegen diese Vorlage werden von der Mehrheit nicht ernst genommen. Der Familiensinn wird doch nicht zerstört, wenn das Erbrecht des Staates in Kraft tritt, sobald es sich um jemand handelt, der gar nicht gewußt hat, daß er noch einen reichen Onkel hat. **Durch die Belastung der Lebensmittel wird der Familiensinn zerstört.** (Sehr richtig! links.) Der Gesetzentwurf will ganze 25 Millionen aus diesem Erbrecht herausholen. Also das ist doch eine sehr bescheidene Forderung. Die Art und Weise, wie dem deutschen Volke jetzt Steuern auferlegt werden, ist ein Raubzug. (Präsident Graf Stolberg: Wenn Sie hier von Räubern und von Raubzügen sprechen, so nehme ich an, daß Sie kein Mitglied dieses Hauses meinen. Große Heiterkeit.) Selbstverständlich halte ich niemanden im Hause für einen Räuber. (Erneute Heiterkeit.) Wenn wir einmal das Erbrecht nach unseren Wünschen regeln, so wird für Sie (nach rechts) immer noch soviel übrig bleiben, daß Sie leben können. Aber etwas anders würden wir die Sache schon regeln. Mit 25 Millionen kämen Sie nicht weg. (Heiterkeit.) Diese Steuerreform der Mehrheit ist nur eine Ausbeutung der Massen. Die Vorlage über das Recht des Staates ist durchaus keine Konzession an uns. Wir würden sie uns ganz anders wünschen, aber das Prinzip erkennen wir an und stimmen dafür in der Hoffnung, sie ausbauen zu können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Gröber** (Zentr.): Es handelt sich bei der Vorlage um einen hochbedeutsamen Eingriff in die Privatrechte und nicht um eine ergiebige Steuer. Wir sind gegen die Vorlage.

Abg. **Ablaß** (fr. Vp.): Zur Schaffung von Einnahmequellen scheint uns die Vorlage zweckmäßig. Die Vorlage greift auf alte deutsche Quellen zurück.

Abg. **v. Oertzen** (Rp.): Gegen den vorliegenden Entwurf haben wir schwere Bedenken und werden gegen ihn stimmen.

Stadthagen (Soz.): Es sollen überhaupt die breiten Massen mit indirekten Steuern aufs empfindlichste getroffen werden, während die Besitzenden auch durch diese Vorlage auf das sorgfältigste geschont werden sollen.

Abg. **Raab** (Wirtsch. Vg.) spricht sich gegen die Vorlage aus.

Abg. Frhr. v. **Richthofen** (kons.): Wir lehnen die Vorlage ab und bitten angesichts der Wichtigkeit der Vorlage, heute die namentliche Abstimmung auszusetzen bis zu einer besseren Besetzung des Hauses.

Abg. **Gothein** (fr. Vg.) widerspricht diesem Vorschlage. Man könne nicht auf einige Herren der Rechten Rücksicht nehmen, die irgendwo der Jagd obliegen.

Nachdem die Abgeordneten **Bassermann** (natl.) und **Singer** (Soz.) sich gegen eine weitere Hinausschiebung der namentlichen Abstimmung ausgesprochen hatten, zog der Abg. Frhr. v. **Richthofen** seinen Antrag zurück.

Es folgt die namentliche Abstimmung.

Hierauf wird der grundlegende § 1 über das Erbrecht des Staates mit 191 gegen 186 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt, ebenso der Rest des Gesetzes, die Einleitung und die Ueberschrift. Somit kann, da von dem Gesetz nichts übrig geblieben ist, eine dritte Lesung nicht stattfinden.

Es folgt die zweite Lesung der **Weinsteuer.** Die Kommission beantragt Ablehnung des Regierungsentwurfs und eine Abänderung des Schaumweinsteuergesetzes.

Abg. Graf **Kanitz** (kons.) begründete ein Ersatzgesetz, wonach für Wein und Traubenmost im Wert von mehr als 40 Mk. für das Hektoliter eine Weinsteuer von 7½ Pf. für das Liter und außerdem für Wein in Flaschen noch ein Zuschlag erhoben werden soll. Die Weinsteuer sei eine Besitzsteuer.

Staatssekretär **Sydow:** Auch die verbündeten Regierungen seien der Ansicht, daß man an dem Flaschenwein, dem Getränk der besser Situierten, nicht vorbeigehen könne, wenn man Branntwein und Bier zur Steuer heranziehe. Redner empfahl sodann die Regierungsvorlage und sprach sich gegen den Antrag Kanitz aus.

Abg. **Weber** (natl.) erklärt sich gegen beide Vorschläge.

Abg. **Kanitz** (kons.) beantragt im Falle der Ablehnung seines Antrags die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Abg. **Gröber** (Zentr.) erklärt sich gegen eine Weinsteuer.

Abg. **Lehmann** (Soz.) lehnt jede Weinsteuer ab.

Abg. **Schultz** (Rp.) befürwortet den Antrag Kanitz.

Abg. **Blankenhorn** (natl.): Wenn in dem Antrag Kanitz gesagt wird, daß Wein unter 40 Mk. pro Hektoliter freibleiben soll, so kommt diese Bestimmung zu spät. Wo sind die Zeiten, in denen es diese Weinpreise gab?

Abg. Dr. **David** (Soz.)

meint, daß der kleine Winzerstand am härtesten von dem Antrag Kanitz getroffen werde. Die Notlage der Winzer ist groß und trotzdem wollen Sie ihnen eine Weinsteuer auferlegen. Das tun die Leute, die vorgeben, für die Landwirtschaft einzutreten. Wenn die Steuer eingeführt wird, so wird der Händler den Preis noch mehr drücken. Die Herren auf der Rechten verfolgen eben nur die Interessen der Großagrarier die kleinen Winzer bleiben unberücksichtigt. Sie haben aber kein Interesse an dem Weinbau. Jede gerechte Steuer haben Sie abgelehnt und jetzt wollen Sie die Last der indirekten Steuern noch weiter erhöhen. Wenn Sie das Wort Gerechtigkeit noch in den Mund nehmen, müßten Sie über und über rot werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Roesicke** (Bd. d. Ldw.): Er werde mit einigen seiner Freunde im Interesse des Winzerstandes gegen die Weinsteuer stimmen.

Der Antrag Kanitz wird in seinem ersten Paragraphen abgelehnt und der Rest zurückgezogen. Ebenso wird die Regierungsvorlage vollständig abgelehnt.

Sodann wird über die **Schaumweinsteuer** debattiert. Die Kommission schlägt vor, die Steuer für die Flasche im Verkaufspreis von 2 Mk. auf 75 Pf., für mehr als 2 Mk. auf 1 Mk., für 5—7 Mk. auf 2 Mk. und für mehr als 7 Mk. auf 3 Mk. zu bemessen. Der Eingangszoll für Schaumwein soll 150 Mk. pro Doppelzentner betragen.

Abg. **Emmel** (Soz.): Wir sind Gegner der indirekten Steuern, somit auch dieser Steuer.

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Die Kommissionsfassung ist einstimmig angenommen worden. Ich weiß nicht, welche Gründe die Sozialdemokratie veranlaßt hat, ihre Ansicht zu ändern.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (fr. Vp.): Nicht nur die elsässische Baumwollindustrie, sondern auch zahlreiche deutsche Industrien sowie die bayerische Brauindustrie hegen für ihre Gewerbe ähnliche Befürchtungen.

Nach kurzer Bemerkung des Abg. **Erzberger,** der hofft, daß sich vielleicht bis zur dritten Lesung eine Ermäßigung erzielen ließe, wird die Debatte geschlossen.

Die Abstimmung ist auf Antrag v. Normann und Pauli-Potsdam eine namentliche. Es stimmen dafür 200, dagegen 125, bei 3 Enthaltungen. Die Schaumweinsteuer ist somit angenommen. Der Vorschlag des Präsidenten Stolberg, die nächste Sitzung für Dienstag 11 Uhr mit der Tagesordnung: Gesetz zur Verhinderung der zollwidrigen Verwendung der Gerste und sodann Fortsetzung der Beratung der Steuervorlagen festzusetzen, wird nach lebhafter Geschäftsordnungsdebatte angenommen.

Stadtgartentheater Karlsruhe.

„Der fidele Bauer" erblickte gestern als erste Novität das Rampenlicht unserer Sommerbühne. Das ausnahmsweise nicht üble Libretto hat, kurz gesagt, folgenden Inhalt: Stephan, der Stolz des wenig bemittelten, aber nichtsdestoweniger im Charakter stets heiteren, hoffnungsvollen oberösterreichischen Bauern Matthäus Schaichelroither und seiner Schwester Annamirl soll auf Wunsch der verstorbenen Bäuerin-Mutter ein „studierter Mann" werden, und zwar das Vorspiel schildert den Abschied von Vater, Schwester, Taufpate und Nachbarn. In Wien aber wechselt der Sohn das Studium, wird Mediziner und verlobt sich nach dem Doktorexamen mit einem reichen, adeligen Mädchen aus höchsten Kreisen. In seinem Glück vergißt er immer mehr die Seinen, will nur noch einmal den Heimatsort aufsuchen am Sankt Matthäitage, dem Namenstag des Vaters, und läßt bei der Angelegenheit seinen Angehörigen gegenüber durchblicken, daß ihre Anwesenheit bei der Hochzeit ihm nicht erwünscht sei. Dem Scheichelroither-Bauer schneidet solcher Undank ins Herz, er merkt, daß sein Sohn sich seiner schämt und dieses Gefühl nagt in ihm weiter, sodaß sein heiterer Sinn verstummt. Der Zufall will's, daß er, Annamirl und der Taufpate aber doch nach Wien kommen und just in dem Moment, als Stephan im Kreise seiner vornehmen Schwiegereltern und seines Schwagers, eines hochfeudalen Gardeleutnants, seine Ernennung zum Professor feiert. Dabei kommts zum gesellschaftlichen Skandal, zum Konflikt zwischen „Dorf und Stadt", der sich indes beilegt, als die junge Frau des Professors Partei für den bäuerlichen Schwiegervater ergreift, dessen Seelengröße wahrhaft beschämend auf die übrige Gesellschaft wirkt.

Ein herzerquickend gesunder Bauernton, vermischt mit natürlichem Humor, geht durch das Stück, das in der Fallschen Vertonung das richtige Relief erhielt. Endlich mal wieder eine vernünftige Operette mit einer Handlung, die sich entwickelt, steigert und das Interesse wachhält, die nicht nur aus Tanz- und Kankan-Duetten, Weiber- und Grisettenmärschen besteht, wie all die anderen mondänen Operetten unserer Epoche! Schon darin, also rein äußerlich, unterscheidet sich dieser „fidele Bauer" sehr vorteilhaft, daß er sich von Frivolitäten und Zoten freihält und nicht dem eben bezeichneten Mischstil bunt aneinandergereihter Tanz- und Reiterlieder huldigt. Sehr erfreulich ist ferner zu konstatieren, daß der Komponist den österreichisch-ländlichen Charakter, das biderbe, bauerische durch die ganze Musik hindurch festzuhalten wußte, sie also auf einen im höchsten Maße einheitlichen Ton stimmte, der selbst in den „Schlagern", wie z. B. in dem köstlichen Marschlied „Drrr Infanterist, drrr Artillerist" oder in dem Walzerlied „Jeder trägt sein Pinkerl" und dem Lied von der Zipfelhaube, ferner in dem urfidelen Terzett „Is man auch ein Bauer, Bauer, Bauer" und dem etwas elegisch angehauchten, aber ungemein reizenden Heinerle-Duett — in welchem eine Kinderstimme mit viel Glück Verwendung findet — seinen Charakter nicht verleugnet. Größtenteils beobachtet man ein nobles Musizieren, die Neigung, ohrgefällige, einfache, leicht zu behaltende Melodien und Klänge zu erfinden, die vor allem darin gipfeln, dem dramatischen Element vor den Wirkungsmitteln den Vorrang einzuräumen. Leider sind auch einige triviale, d. h. allzu sentimentale Tendenzen vorhanden; allein wird man sie nur insoweit zu beklagen haben, als sie jeweils in das Bewußtsein des Einzelnen eindringen. Uns z. B. haben sie das Vergnügen am Ganzen nicht zu beeinträchtigen vermocht.

In der von Herrn Kapellmeister Groß überaus lobenswert vorbereiteten Aufführung wirkten besonders Herr Resni in der Titelrolle und Herr Becker als Taufpate als zwei echte und naturfrische Bauerntypen an erster Stelle. Herr Herold (Stefan) und Frl. Schwarz (junge Frau) zeigten sich wieder als gutgeschulte Sänger von Geschmack und Sicherheit und Gefälligkeit im Spiel. Die Kuhdirn, die rote Lisi, wurde von Frl. Elsinger sehr anerkennenswert gegeben, dürfte aber etwas dialekteinheitlicher sprechen. Ganz famos war auch die kleine Moravi als Heinerle. Die übrigen verdienen für ihr flottes Spiel ebenfalls alles Lob und haben im Verein mit den brillant einstudierten Chören unter der Regie Herrn Fischers redlich Anteil an dem vollen und ganzen Erfolg der mit wahrer Begeisterung aufgenommenen Novität.

Kommunalpolitik.

Daxlanden, 4. Juli. Ein Wort zu der Sparsamkeitspolitik des hiesigen Gemeinderats Wilhelm Ganz im Gemeindehaushalt. In einer in diesem Frühjahr stattgehabten Gemeinderatssitzung, in welcher u. a. auch über das hiesige Armenwesen beraten wurde, stellte unser Genosse Höll den Antrag, die alten Lehrerwohnungen zu Armenwohnungen einrichten zu lassen. Dadurch würde dem leidlichen Uebel der Wohnungssucherei für Ortsarme am besten abgeholfen werden. Darauf wurde ihm aber vom hiesigen Gemeinderat Wilhelm Ganz erwidert: Wenn man euren (sozialdemokratischen) Anträgen allen zustimmen würde, dann wäre die Gemeinde bald bankrott!

Daß es aber dieser Herr Gemeinderat Wilhelm Ganz mit der Sparsamkeit in der Gemeinde nicht so genau nimmt, wenn sein Geldbeutel dabei gespickt wird, das beweist folgender Fall: Vor wenigen Wochen hatte die hiesige Gemeinde einen Stamm von nicht ganz zwei Festmeter vom sogen. Wäldchen nach der Appenmühle in die Sägerei zu führen, was diesem „sparsamen" Gemeinderat übertragen wurde. Es ist bekannt, daß auf hiesiger Gemarkung für den Festmeter Holz 4 Mark, im schlimmsten Fall 4,50 Mk. bezahlt werden. Wenn nun dieser Herr seine Sparsamkeit in der Gemeinde hätte zeigen wollen, so hätte er höchstens acht Mark verlangen dürfen. Aber weit gefehlt. Dieser Sparsamkeitspolitiker reichte an die hiesige Gemeindekasse eine Rechnung von — unsere Leser mögen noch einmal frisch aufatmen — 40 Mark ein.

Dieser „sparsame" Herr Gemeinderat Wilhelm Ganz besitzt den Mut, uns Sozialdemokraten den Vorwurf der Bankrottspolitik zu machen, wenn wir Anträge stellen, welche im Interesse und zum Nutzen der Allgemeinheit unumgänglich notwendig sind. Leider hat man auf dem hiesigen Rathaus gegen eine solche übertriebene Forderung kein Wort der Kritik gefunden. Daß die Forderung unter den hiesigen Umlagezahlern einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hat, ist begreiflich. Wir Umlagezahler von Daxlanden sind ja geradezu gezwungen, das Gr. Bezirksamt gegen solche fast unglaubliche Vorkommnisse um Schutz anzurufen

Hoffentlich läßt die Einverleibung mit der Stadtgemeinde Karlsruhe nicht mehr allzu lange auf sich warten, damit mit der Gemeindepolitik des Herrn Wilhelm Ganz und Konsorten in Daxlanden endlich einmal gründlich aufgeräumt wird.

Seckenheim, 5. Juli. Bei der Bürgerausschußwahl der 3. Klasse siegte die bürgerliche Liste über die sozialdemokratische Liste mit einer Mehrheit von 108 Stimmen. Für die bürgerliche Liste wurden 268 bis 273 Stimmen abgegeben, während auf die sozialdemokratische Liste nur 159 bis 165 Stimmen entfielen.

Mannheim, 5. Juli. Das benachbarte Feudenheim, dessen Bürgerausschuß gestern mit 49 gegen 12 Stimmen den Antrag auf Anschluß an Mannheim annahm, besitzt 6—7000 Einwohner und befindet sich in günstigen finanziellen Verhältnissen. Das Vermögen der Gemeinde beträgt 2 650 000 Mk., Schulden sind nicht vorhanden.

Gewerkschaftliches.

Bewaffnete Streikbrecher. Die Ausrüstung der dem Staat nützlichen Elemente mit Revolvern scheint allgemein Mode zu werden. Auch beim Holzarbeiterstreik in Rathenow markieren sie die forschen Kerls und fuchteln mit ihren Revolvern in der Luft herum. Mehrere Arbeitswillige, die für den Tischlermeister Magel angeworben und von Berlin mit der Bahn eintrafen, bedrohten die Streikposten mit Revolvern, als diese Ausständigen sie über die Sachlage am Orte zu unterrichten versuchten. Schon im Eisenbahnzuge hatten diese Helden, wie festgestellt worden ist, Mitreisende, die nach Rathenow fuhren, in derselben Weise bedroht, sodaß die Reisenden beim Stationsvorsteher Beschwerde führten. Trotzdem konnten die gefährlichen Burschen von der Polizei unbehelligt in Rathenow einziehen. Sie mußten indes wieder abziehen, denn der Unternehmer verzichtete, als er von dem gewalttätigen Verhalten der Arbeitswilligen erfuhr, auf deren Einstellung.

Der Streik, der sich auf 11 Tischlereibetriebee und eine Holzbearbeitungsfabrik mit insgesamt 52 Beteiligten erstreckt, dauert unverändert fort, da die Beteiligten sich bis jetzt nicht zu Verhandlungen geneigt zeigen. Einige Arbeitswillige haben sich leider gefunden, mit denen jedoch die Meister wenig anzufangen vermögen, weshalb sie sich alle erdenkliche Mühe geben, Ersatzkräfte von außerhalb heranzuziehen.

Lörrach, 4. Juli. Zum Streik in der Brauerei Lasser. In einer stark besuchten Volksversammlung referierte am Samstag Abend der Gauleiter des Brauer-Verbandes, Hagenater, über den Stand des Streiks in der hiesigen Brauerei Lasser. Die Versammlung anerkannte einmütig, daß das rigorose Verhalten der Brauerei gegenüber der Organisation gebrandmarkt werden müsse durch strikte Einhaltung des Boykotts. Wir richten an die Gewerkschafter und Parteigenossen nicht allein des 4., sondern von dieser Stelle aus insbesondere auch an die des 3. Reichstagswahlkreises, die Aufforderung, **Lasserbier und Lasserwirtschaften zu meiden!** Der Kampf, den die Brauerei führt, gilt nicht mehr ihrem früheren Personal, sondern dem Organisationsprinzip! Die Brauerei Lasser soll den Kampf jetzt haben, nachdem sie in schnöder Weise jede Unterhandlung bis dato illusorisch machte. Hoch die Solidarität der Arbeiterschaft des Rhein- und Wiesentales!

Soziale Rundschau.

Die sechste Assistentin der preußischen Fabrikinspektion ist am 4. April in Frankfurt a. M. angestellt worden. Ihre Anstellung war schon vor längerer Zeit vom Regierungspräsidenten befürwortet worden und zwar unter besonderem Hinweis auf die ausgedehnte Frauenarbeit in der Konfektion.

Die Reichsmetropole als Industrie-, Handels- und Verkehrsstadt. Die Betriebszählungen von 1895 und 1907 lassen aus den Resultaten der Spezialangaben für Berlin dasselbe Bild von der industriellen Konzentration ersehen, wie die Gesamtergebnisse für Preußen und Deutschland ergaben. Es wird für Berlin der Anteil am gewerblichen Leben im preußischen Staate als ganz beträchtlich gewachsen konstatiert. Von allen in Preußen gewerblich tätigen Personen entfielen 1895 auf Berlin 9,31 Prozent, 1907 dagegen 10,16 Proz. In Gewerbe und Industrie stieg die Zahl der Hauptbetriebe in der angegebenen Zeit von 87 267 auf 100 107, die Nebenbetriebe nahmen ab von 2421 bis auf 1281 Unternehmen. Gegenüber einer Zunahme der Betriebe von insgesamt nur 20,26 Proz. steht eine Personenzunahme von 54,80 Proz., woraus die Neigung zur großindustriellen Entwicklung ersichtlich ist. Handel und Verkehr haben für Berlin eine starke Zunahme und Konzentration ergeben. Für die Nebenbetriebe wird ein Zuwachs von 3477 auf 7207 verzeichnet, die Hauptbetriebe stiegen von 62 912 auf 79 108.

Ausbeutung jugendlicher Arbeiter. Wegen Vergehens gegen die Gew.-Ordnung hatten sich vor der Strafkammer in Kempten der Direktor der Papierfabrik Oechelhäuser, sowie ein in der Fabrik beschäftigt gewesener Meister zu verantworten. In dem Betriebe waren fortgesetzt jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren nicht bloß am Tage, sondern auch die Nacht durch beschäftigt worden. Beide Angeklagten wurden zu je 50 Mk. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. — Diese geringfügige Strafe wird als Abschreckungsmittel vor Gesetzesübertretungen kaum wirken.

Badische Chronik.

Durlach.

— **Erhöhte Brotpreise.** Mit Wirkung vom 1. Juli haben die hiesigen Bäckermeister die Brotpreise für das 1400 Gramm-Brot um 2 Pf., für das 700 Gramm-Brot um 1 Pf. erhöht, fordern aber gleichzeitig das laufende Publikum auf, sich das Brot vorwiegen zu lassen. Hoffentlich machen die Käufer davon umfassenden Gebrauch und zwar in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse.

— **Abiturientenprüfung.** Am letzten Freitag fand am hiesigen Gymnasium erstmals seit seinem Ausbau zum Vollgymnasium eine Abiturientenprüfung statt. Sämtlichen 19 Oberprimanern wurde das Reifezeugnis zuerkannt.

Offenburg.

— **Ein seltenes Ereignis.** Eine Schwurgerichtssitzung wird beim großh. Landgericht Offenburg, da Anklagefälle nicht vorliegen, für das dritte Vierteljahr 1909 nicht stattfinden.

— **Die hiesige freiwillige Feuerwehr** beging vorgestern das Fest ihres 50jährigen Bestehens. Es nahmen an demselben außer zahlreichen Ehrengästen die Vertretungen von über 50 Feuerwehren teil.

Waldshut.

— **Für „Wahrheit, Freiheit und Recht“.** Der unter dieser Devise kämpfende Redakteur der „Neuen Waldshuter Zeitung“, so schreibt man uns, gerät ob unseres Artikels in Nr. 147 des „Volksfreund“ schier aus dem Häuschen und da es mit der Widerlegungskunst dieses Herrn sehr schlecht bestellt ist, verlegt er sich nach echter Zentrumsmanier aufs Schimpfen und persönliches Herunterreißen seines Gegners. Da dieser junge Mann auf unsere einwandfreien Tatsachen nicht einzugehen beliebt, so verlohnt es sich nicht der Mühe, seiner in Nr. 100 der „Neuen Waldshuter Zeitung“ vom Stapel gelassenen Schimpfepistel einer Beachtung zu würdigen. Zur Charakteristik dieses Zentrumsredakteurs diene nur folgendes:

Der hiesige „Albbote“ hat dem journalistischen Gernegroß, der der genannten Zeitung eine „Berichtigung“ gesandt hatte, folgende Abfuhr zuteil werden lassen:

Vom Klettgau, 18. Juni. (Der Rückzug.) „Doch kaum war ihm das Wort entfahren, möcht' er's im Busen gern bewahren!“ Der Herr Redakteur der „Neuen Waldshuter Zeitung“ nämlich! Er macht in Altenburg Dummheiten, plaudert selbstgefällig aus der Schule, was an sich nicht schlimm wäre. Nun aber Folgen sich einstellen, die er nicht tragen mag, verlegt er sich keck aufs Leugnen, d. h. er „berichtigt“, „korrigiert“, wohlgemerkt sich, nicht andere, am wenigsten meine Berichterstattung; denn an der gibts nichts zu berichtigen, korrigieren; denn sie ist richtig in allen Teilen, die Stelle von dem erbschaftssteuerfreundlichen führenden Zentrumsabgeordneten, mit dessen Verkehr man in Altenburg renommiert und der nun plötzlich unbequem geworden, wie ein Hampelmann verduften muß, sogar wörtlich wiedergegeben. Ich danke schön! Dieses Verfahren ist schon mehr einfach, als wahrheitsliebend und mannhaft. Hätte es nach seinen in der Versammlung gehörten Anschauungen über den Ehrenbegriff und seiner wiederholt bewiesenen starken Veranlagung, den Gegner immer zu seinem Nachteil „mißzuverstehen“, noch eines Beweises bedurft, so hätte die nun von ihm gewählte Form der Retirade mich und sicherlich auch die übrigen Versammlungsteilnehmer davon überzeugt, daß dieser Herr eine gute Dosis Befähigung mitbringt zum edlen Kampfe für „Wahrheit, Freiheit und Recht!

Das kennzeichnet die Kampfesweise des jungen Mannes aufs trefflichste und der „Radaubruder“ betrachtet es gewiß als keine reinliche Arbeit, mit einem so charakterisierten Manne eine Preßpolemik zu führen. Folgenden Rat aber möchten wir diesem jungen Manne geben: Er möge ein Jahr bei der Firma „Geßner“ als Arbeiter tätig sein und den „sozialen Einrichtungen“ sowie dem „Gratis-Morgentee“ seine besondere Aufmerksamkeit schenken. Wir sind überzeugt, daß er nach Ablauf eines Jahres seine heutige Anschauung über die Verhältnisse in diesem Geschäfte einer gründlichen Revision unterzogen hat. Zum Schlusse bemerken wir noch: Der jugendliche Redakteur der „N. W. Ztg.“ hat noch in den Windeln gelegen, als der von ihm als „Radaubruder“ bezeichnete Artikelschreiber schon längst den Kampf ums Dasein als Industriearbeiter aufnehmen mußte und in den Reihen seiner Mitarbeiter für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämpfte. Kein Mensch in Waldshut, außer dem Zentrumsredakteur, betrachtet den Artikelschreiber als Radaubruder. Wenn dieser journalistische Gernegroß nun bald auf die Wähler losgelassen wird, da kann man ja recht nette Dinge erleben. Für die gemeinen Beschimpfungen haben wir nur ein kräftiges Pfui Teufel! Und damit Schluß.

Verband deutscher Textilarbeiter.

Unterharmersbach, 5. Juli. Selbstmordversuch. Vergangenen Sonntag, 3. Juli, hat sich im Zinken Hinterhambach ein dem Alkohol ergebener Mann in selbstmörderischer Absicht einen Schuß in den Kopf beigebracht, ohne jedoch tötlich verwundet worden zu sein. Genannter ist ein arbeitsscheuer Mensch und dürfte die Tat zweifellos im Delirium begangen haben.

st. **Lörrach**, 3. Juli. Mit einem eigenartigen Fall von Sachbeschädigung befaßte sich das hiesige Schöffengericht am 19. Mai ds. Js. Jagdaufseher Ernst Brendle von Schlächtenhaus, bei Fabrikant Großmann in Brombach in Stellung, war beschuldigt, einen, dem Rechtsanwalt Schmitt in Lörrach gehörigen Bernhardinerhund, im Werte von ungefähr 1500 Mk., durch einen Schrotschuß am Kopf und besonders an einem Auge so schwer verletzt zu haben, daß das Tier nahezu wertlos geworden ist. Der Angeklagte behauptet, der Hund, den er im Walde wildernd getroffen, sei in drohender Haltung auf ihn zugekommen. Eine gegenteilige Meinung haben die Sachverständigen, welche annehmen, der Hund habe den Schuß von der Seite erhalten. Das Schöffengericht verurteilte Brendle zu 300 Mk. Geldstrafe. Die von ihm eingelegte Berufung wurde heute von der Freiburger Strafkammer verworfen.

Mannheim, 4. Juli. Unter der Anklage des Straßenraubs standen der 31 Jahre alte Schneider Tränkle aus Freiburg und der vielfach vorbestrafte Taglöhner Arnold aus Käfertal vor dem hiesigen Schwurgericht. Sie hatten am Abend des 28. Dezember vor. Js. bei Waldhof den verheirateten Arbeiter Schnell aus Lampertheim überfallen, ihn durch Messerstiche verletzt und durch Faustschläge betäubt und ihn dann seiner Taschenuhr samt Kette, sowie seines Geldbeutels mit etwa 3 Mk. Inhalt beraubt. Das Schwurgericht verurteilte Tränkle zu 2 Jahren 10 Monaten Gefängnis, Arnold zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Mosbach, 4. Juli. Gegen die Reblaus. Im Auftrage des Ministeriums des Innern bereist zurzeit eine aus 7 Sachverständigen bestehende Kommission den Bezirk Mosbach, um alle Weinberge auf das etwaige Vorhandensein der Reblaus zu untersuchen. Die Kommission besteht aus den Herren Oekonomierat Kuhn-Ladenburg und Huhn-Offenburg; Landwirtschaftslehrern Selz-Eppingen, Schweickert-Tauberbischofsheim und Weckesser-Wiesloch und Weinbaulehrer Dämmler-Durlach und wird geführt durch den Bezirksobmann Landwirtschafts-Inspektor Vielhauer hier.

•

Das Wochenprogramm der Drohnen.

Die „Landeszeitung“ will uns wegen des Abdrucks eines Wochenprogramms aus Baden-Baden vertobacken und schreibt in einer ihrer letzten Nummern:

** Der „Volksfreund“ leistet sich abermals ein nettes Stückchen von Klassenaufreizung. Er veröffentlicht aus dem „Badeblatt“ der Bäderstadt Baden-Baden das letzte Wochenprogramm unter obiger Ueberschrift und bemerkt dazu:

„Ist die Woche glücklich rum, dann geht's wieder von vorne an, und da gibt es immer noch Leute, die mit solcher „göttlichen Weltordnung“ nicht zufrieden sein wollen. Unbegreiflich!“

Das ist wieder ein recht pharisäerhaftes Geschreibsel! Im Landtag tritt am 29. Februar 1908 der sozialdemokratische Abgeordnete Süßkind auf und hält eine lange schöne Rede, in der er davon spricht, wie man die Stadt Baden-Baden anziehender machen könne, daß der Kurgast, der aus der Großstadt komme, auch die Annehmlichkeiten der Großstadt nicht missen wolle, daß er gewohnt sei, von seiner Wohnung bis an die Vergnügungsetablissements mit der Bahn befördert zu werden und daß darum Baden-Baden früher eine elektrische Bahn hätte bauen sollen. Hat er das getan, um den „Drohnen“ eine Gefälligkeit zu erweisen? Oder hat er es nicht getan, weil von dem Blühen der Bäderstadt das ganze Land Vorteile hat, weil Arbeiter so gut wie Besitzende dort Erholung finden können?

Die „Drohnen“, die auf die „Landeszeitung“ abonniert sind, werden den Kopf schütteln ob der Gereiztheit ihres Leiborganes. Gerade der Umstand, daß der Abg. Süßkind s. Zt. für die Bäderstadt Baden-Baden eingetreten ist, spricht dafür, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, den „Drohnen“ den Aufenthalt in Baden-Baden zu verekeln, im Gegenteil. Es kann unsern Abgeordneten selbstverständlich nicht einerlei sein, ob die „Drohnen“ ihr Geld in Baden-Baden oder in Biarritz verjubeln. Man muß schon nationalliberal sein, wenn man nicht begreift, was wir mit dem „Geschreibsel“ sagen wollten. Daß der Abdruck des Wochenprogramms „aufreizend“ wirkt, geben wir ohne weiteres zu; das Programm wirkt aber auch „aufreizend“ für jeden denkenden Arbeiter, wenn es im „Badeblatt“ steht, ebenso wie im „Volksfreund“.

Wir wollten das Wochenprogramm nur den „Arbeitsbienen“ unter die Nase halten, wenn sie in den Sommermonaten des Abends rußig und abgerackert von den Pesthöhlen des Kapitalismus nach Hause kommen, damit sie sehen, daß es auch noch ein anderes Leben gibt, wie nur Mühseligkeit und Plage Tag für Tag — jahraus, jahrein. Wir haben es deshalb abgedruckt, damit die Arbeitsbienen aufwachen und auch ihr Anteil am Leben verlangen sollen, damit sie sich organisieren, politisch und gewerkschaftlich. Und wenn die „Drohnen“ einmal sehen, daß ihnen ein erwachtes und im sozialistischen Sinne aufgeklärtes Proletariat gegenübersteht, so werden sie wohl im Hinblick auf die Gepflogenheiten im „Bienenstaat“ die Nutzanwendung ziehen und den „Arbeitsbienen“ ihr Recht nicht mehr streitig machen, auch die „Landeszeitung“ nicht mehr.

Aus Freiburg.

Freiburg, 6. Juli.

Zentrumsboykott.

— Dieser Tage hat das „Intime Theater“ von Frankfurt hier eine Gastrolle gegeben. Wir hatten nicht notwendig, unsere Genossen vor dem Besuch zu warnen. Dagegen sind Zentrumsblätter arg in Harnisch geraten. Sie geben zwar zu, daß nichts „Unsittliches“ vorgekommen sei, aber dennoch wird aufgefordert, das Lokal „Kaffeehaus Kopf“ zur Strafe dafür, daß es einem solchen Unternehmen seine Räume zur Verfügung stellte, zu boykottieren. Wir haben gewiß für diese Art von Kunst, wie sie das „Intime Theater“ bietet, nichts übrig, aber zu einem Boykott gegen den Saalbesitzer liegt gewiß kein Grund vor. Der Groll der Zentrumschristen rührt wohl in der Hauptsache daher, daß ein Lied, das in satirischer Weise die Zentrumsherrschaft in Bayern beleuchtete, am meisten Beifall fand. Wenn man dafür sorgen möchte, daß bessere soziale Zustände geschaffen werden, daß nicht die einen hungern und die andern nicht wissen, wie sie ihren Ueberfluß verprassen sollen, dann würde der Zulauf in die „Intimen Theater“ von allein aufhören. Aber gerade das Zentrum hat neuerdings wieder geholfen, eine Wirtschaftspolitik zu festigen, welche dafür sorgt, daß die unteren Volksschichten den oberen die Taschen füllen müssen. Wer sein Geld durch Arbeit verdienen muß, gibt für solche Dinge nicht viel aus.

Die Tagesordnung des Schwurgerichts für das 3. Quartal

umfaßt folgende Fälle: 1. Montag, 5. Juli, vormittags halb 9 Uhr: Anklage gegen den Dienstknecht Stefan Schurt von St. Märgen wegen Meineids. — 2. Nachmittags halb 5 Uhr: Eisenbahngehilfe Emil Josef Karst aus Freiburg wegen erschwerter Amtsunterschlagung und Diebstahls. — 3. Dienstag, 6. Juli, vormittags halb 9 Uhr: Landwirt Ernst Dietsche von Mengen wegen Sittlichkeitsverbrechens. — 4. Nachmittags 4 Uhr: Eisenbahnassistent Martin Erbsland von Sasbach a. K. wegen erschwerter Amtsunterschlagung.

In Sachen der „Freiburger Volkszeitung“

schreibt man uns: Der in der Mittwochnummer des „Volksfreund“ unter dem Titel: „Die Arbeiterfreundlichkeit der Freiburger Volkszeitung“ veröffentlichte Artikel zwingt mich zu nachfolgender Erklärung und Richtigstellung. Der in Frage kommende Gehilfe war nicht bei uns, sondern bei unserm Vorgänger über 20 Jahre tätig. Der jetzigen Geschäftsleitung war es nicht bekannt, daß es schon in kurzer Zeit 25 Jahre sind. Das Geschäft ging am 1. Oktober 1907 in die Hände einer G. m. b. H. über und wurde mir die Leitung im März 1908 übertragen, wobei ich ohne besondere Veranlassung aus freien Stücken die Löhne fast aller Gehilfen erhöhte und die Zahl der Arbeiter vermehrte. Ferner bewilligte ich allen fleißigen Gehilfen eine Woche Ferien mit voller Bezahlung. Dem entlassenen Gehilfen wurde sowohl von der Geschäftsleitung, wie auch von Kollegen geraten, er solle seiner geschwächten Sehkraft wegen eine Brille tragen, da die auszuführenden Arbeiten bei seiner Kurzsichtigkeit nicht mehr tadellos ausgeführt werden konnten. Er äußerte sich mir gegenüber, daß er sich an eine Brille nicht gewöhnen könne, auch befürchte er, von seinen Mitarbeitern gefoppt zu werden. Die frühere Kündigung erfolgte seines renitenten Benehmens wegen und wurde nicht auf „Vorstelligwerden seiner Kollegen zurückgenommen, sondern weil er sich bei der Geschäftsleitung“ entschuldigte.

Es ist auch unwahr, daß während der letzten 1½ Jahren zehn Maschinenmeister ihr Heil in unserer Druckerei versuchten. Ich habe nur 7 engagiert und sind hiervon 2 Mann nur zur Aushilfe eingestellt worden, die allerdings dann länger als 4 Wochen beschäftigt werden konnten; von den übrigen 5 Mann ließen sich 2 als Rotationsmaschinenmeister engagieren, waren jedoch unfähig, die Maschine zu bedienen, und der entlassene

Gehilfe weigerte sich, trotz mehrfacher Aufforderung, über die Bedienung der Maschine Aufschluß zu erteilen, sodaß die Zeitung damals 3 Stunden später erscheinen mußte. Ein weiterer Maschinenmeister mußte entlassen werden, weil er völlig betrunken mit brennender Zigarette hinter der Maschine schlafend angetroffen wurde. Was der Artikelschreiber mit „Gefängnisaufsicht" bezeichnet, entzieht sich meiner Kenntnis. Eine schärfere Aufsicht übte ich nur bei Personen, die es trotz mehrfacher Verwarnung nicht unterließen, während der Arbeitszeit Bier beizuschleppen. Da ich gegen solche Ungehörigkeiten energisch vorging, werde ich in dem betreffenden Artikel als Arbeiterfeind" bezeichnet; etwas anderes, was zu dieser Annahme führen könnte, wird mir weder der Schreiber noch der Einsender des Artikels nachweisen können.

Dem entlassenen Gehilfen wurde nach erfolgter Rücksprache von der Geschäftsleitung das Anerbieten gemacht, ihm zur Erlangung einer Stelle behilflich zu sein, was er auch annahm. Es wurde hierauf in verschiedenen Zeitungen inseriert und als der Gehilfe sich bei einer Firma vorstellen sollte, erklärte er mir, er habe sich die Sache anders überlegt und wolle nicht vom Berufe abgehen. Nach einigen Tagen wurde er wieder befragt, ob er schon Schritte zur Stelle-Erlangung unternommen habe, worauf er erwiderte, daß er erst noch etwas abwarten wolle. Vergangenen Samstag bei der Lohnzahlung wurde er nochmals gefragt und antwortete, er habe es nicht so eilig. Hierauf erhielt er seinen fälligen Lohn und den vollen Lohn für weitere 14 Tage, jedoch nicht mit der Motivierung, daß man mit den alten Leuten aufräumen wolle, somit war er entlassen. Zur Entlassung gab also lediglich Anlaß, seine durch schlechte Sehkraft verursachte minderwertige Arbeitsleistung, sein renitentes Benehmen bei jeder Kleinigkeit und die fortwährende Unterhaltung mit dem Hilfspersonal, was ich jederzeit zu beweisen in der Lage bin. Was den größeren Wechsel im Personal anlangt, ist darauf zurückzuführen, daß ich bei meinem Eintritt keinen Stamm von Gehilfen antraf, und mir erst einen solchen zusammen suchen mußte. Daß mir dies nicht sofort und ohne jeden Fehlschlag glücken konnte, ist selbstverständlich. — Dies zur Richtigstellung im Namen der Firma.

Was die in dem betreffenden Artikel enthaltenen Beleidigungen meiner Person anlangen, können dieselben dem Verfasser des Machwerks (nicht den entlassenen Gehilfen), der weder aktiver Buchdrucker (sondern Bierreisender), noch politisch oder gewerkschaftlich organisiert ist, sobald ich genügend Beweise in Händen habe, teuer zu stehen kommen, und wird mein Rechtsanwalt alles weitere veranlassen.

H. Muth,
Mitinhaber und Geschäftsführer d. Buchdr. Lauber, G. m. b. H.

Mitteilungen aus der Sitzung des Stadtrates vom 30. Juni. Der vom Forstamt gestellte Antrag auf Einziehung und Erneuerung der ausgegebenen Leseholzscheine (zurzeit 1405), deren Besitzer zu einem großen Teil die Vergünstigung nicht mehr benützen, wird genehmigt.

Die bessere Beleuchtung der Schnewlinstraße mittels Aufstellung von 2 neuen Gaslaternen und Verschiebung von 3 Laternen wird gutgeheißen.

Dem Hochbauamt wird zum Abbruch des Armenhauses im Vorort Betzenhausen (das betr. Grundstück ist zur Erstellung eines Feuerlöschgeräteschuppens bestimmt) Ermächtigung erteilt.

— **Zeilenschinder.** Folgende offizielle Notiz ist in der hiesigen Tagespresse zu finden:

„Auf Grund der Zeitungsmeldungen, daß der Stadtrat Freiburg das Gesuch um die Erteilung der Konzession zum Bau eines Rheinkraftwerkes bei Breisach bei der großh. Regierung eingereicht habe, nahmen gestern, laut „St. W.", die Bürgermeister der Amtsstädte Breisach, Emmendingen, Staufen und Waldkirch Rücksprache mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Winterer in Freiburg, um über die Möglichkeit des späteren Anschlusses an das geplante Elektrizitätswerk und der eventuellen Mitbeteiligung an diesem bedeutsamen Unternehmen Aufschluß zu erhalten. Wie zu erwarten war, hat die Deputation die freundlichste Aufnahme und das weitgehendste Entgegenkommen seitens des Herrn Oberbürgermeisters gefunden und es besteht die begründete Hoffnung, daß alle Interessen der Bewohner des Breisgaues bei dem Bau des Werkes und bei der Konzessionserteilung Berücksichtigung finden können."

Daß der Herr Oberbürgermeister seine Herren Kollegen freundlich empfängt, ist doch selbstverständlich. Wir sind aber der Meinung, daß man mit solchen Schmocknotizen der Sache nichts nützt. Die Bürgermeister der anderen Städte kommen doch nicht als Bittsteller, sondern als Interessenten, welche mit ihren Gemeinden sehr viel zum Gedeihen des Kraftwerkes beitragen können.

Neues vom Tage.

Die fürstliche Meineidssache aufgeschoben? Bei der Auslosung der Geschworenen für den Eulenburgprozeß haben sich infolge der ungünstigen Zeit allerlei Schwierigkeiten eingestellt, die es fraglich erscheinen lassen, ob der Prozeß wirklich verhandelt werden kann. Dem Vernehmen nach sollen fast täglich von den durch das Los als Geschworene bestimmten Herren ärztliche Atteste eingehen, nach welchen die Betreffenden dringend einer Kur zur Wiederherstellung ihres Gesundheitszustandes bedürfen und nicht fähig sind, an einer längeren Verhandlung teilzunehmen. Ferner sind viele der als Geschworene ausgelosten Herren verreist, so daß von der noch nicht dagewesenen Möglichkeit gesprochen wird, daß wegen Mangel an Geschworenen die Verhandlung nicht werde stattfinden können.

Dazu bemerkt die „B. am Mittag": „Wenn wirklich unter den vielen tausend zum Schöffen- und Geschworenenamt fähigen Männern, die im Bezirk des Landgerichts wohnen, nicht genügend Geschworene zu finden sind, die weder krank noch verreist sind, so weist das auf eine Praxis bei der Aufstellung der Geschworenenlisten hin, die weder dem Geiste des Gerichtsverfassungsgesetzes noch der Strafprozeßordnung entspricht. Es verreisen ja sehr viele Menschen, aber alles in allem noch keine fünf Prozent, und krank werden auch sehr viele Menschen, aber einschließlich der Nervosität, die der Arzt nicht sehen kann, sondern glauben muß, auch keine fünf Prozent. Dieser Prozentsatz aber erhöht sich sehr stark, wenn man nur die höheren Gesellschaftsschichten ins Auge faßt. Dort verreisen vielleicht 50—60 Prozent, wenn freilich auch nicht gerade alle auf einmal, im Anfang Juli, und ebenso viele haben Hausärzte, die es ihnen glauben, wenn sie sagen, sie seien zu nervös, um zu Gericht zu sitzen. Sind also wirklich Schwierigkeiten bei der Bildung der Geschworenenbank für Eulenburg da, so beruht das darauf, daß man nur auf Angehörige der oberen Gesellschaftsschichten reflektiert, wie ja auch schon im ersten Prozeß fast ausschließlich Angehörige dieser Schichten zu Gericht saßen."

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 6. Juli.

Zum Kampf der Metzgergehilfen in der Südstadt.

In der gestrigen Versammlung im „Auerhahn" fehlten diejenigen, auf die es im Kampfe der Gehilfen mit den Meistern ankommt, die Frauen der Arbeiter. Es waren nur wenige erschienen. Dagegen waren die Metzgergehilfen in großer Zahl anwesend. Von den hiesigen Metzgerhilfen sind übrigens bis jetzt 216 organisiert, das ist ein achtenswerter Fortschritt in der Organisierung dieser Berufsangehörigen.

Genosse Arbeitersekretär Willi schilderte in kerniger Rede die Ursache der Differenzen und die ablehnende, mitunter protzenhafte Haltung mancher Metzgermeister der Südstadt, dieses Arbeiterviertels. Er ging auf die im Tarifvertrag erhobenen Forderungen ein und wies im einzelnen nach, daß denn eine 12stündige Arbeitszeit wahrlich noch lange genug sei. Zum Schluß legte er der Versammlung folgende auch einstimmig angenommene Resolution vor:

Die heute im „Auerhahn" tagende öffentliche Versammlung spricht den um die Einführung eines Tarifes kämpfenden Metzgergehilfen Sympathie aus und richtet an die Gesamtarbeiterschaft die Aufforderung, die Metzgergehilfen dadurch zu unterstützen, daß sie die Geschäfte meiden, die den Tarif nicht anerkennen.

In der Diskussion sprachen der Vorsitzende des Metzgerverbandes, Schneider, und der Gauleiter Schwall von den Eisenbahnern. Sie forderten zu energischem Kampfe gegen die die Unterschrift zum Tarif verweigernden Metzgermeister auf. U. a. teilte Schneider mit, daß der Metzgermeister Sayer am Montag Morgen auf dem Wochenmarkt am Werderplatz dem Genossen Schneider, der Flugblätter für die Versammlung verteilte, zugerufen hat: Der Faulenzer soll arbeiten, anstatt Flugblätter verteilen. Auch Wurstkesselgeheimnisse wurden angedeutet. Die Frauen der Parteigenossen sollten jene Metzger nicht berücksichtigen, welche in dem Verzeichnis der tariftreuen Metzger nicht zu finden sind. Dann würde in ganz kurzer Zeit den Metzgergehilfen der Sieg zufallen.

Aus der Stadtrats-Sitzung

Ein Gesuch um Beteiligung am Betrieb eines Stellenvermittlungsbureaus wird im Hinblick auf den ungünstigen Leumund der Gesuchstellerin dem Bezirksamt mit Antrag auf Ablehnung vorgelegt.

Befürwortet werden 7 Gesuche um Aufnahme in den bad. Staatsverband und ein Gesuch um Befreiung vom Militärdienst. Zwei weitere derartige Gesuche werden dem Bezirksamt mit Antrag auf Ablehnung vorgelegt. Ferner werden dem Bezirksamt vorgelegt: das Gesuch des Wirts Georg Blum um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betriebe einer Gastwirtschaft in dem auf dem Grundstück Ecke der Hardtstraße und des Knielinger Weges zu erbauenden Hause unter Verneinung der Bedürfnisfrage, das Gesuch der ledigen Luise Fischer um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb eines „Cafés" im Hause Kaiserstraße 24 unter Anschluß einer dagegen eingekommenen Einsprache unbeanstandet unter der Voraussetzung, daß sich die Räumlichkeiten in jeder Hinsicht für einen Wirtschaftsbetrieb eignen. Das Gesuch des Bierbrauers Johann Eberle im Stadtteil Rintheim um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Gastwirtschaft in dem auf dem Anwesen Rintheimerstraße 59 zu erbauenden Hause wird durch Anschlag an der Verkündigungstafel zunächst zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Vergeben werden: die Lieferung von eisernen Kanalisationsbestandteilen an die Firmen Geiger'sche Fabrik für Straßen- und Hausentwässerungs-Artikel hier, Eisengießerei F. Seneca im Stadtteil Mühlburg und Steffe und Cie. G. m. b. H. in Siegen i. W., die Lieferung eines Kochkessels für die Zubereitung von Fischfutter (zum Verkaufe) an die Maschinenfabrik Louis Nagel, die Lieferung von Steck-, Schiebe- und Maschinenleitern für einzelne Kompagnien der freiwilligen Feuerwehr an die Firmen H. Raible, Jakob Spitzfaden und A. Farny hier, die Ausführung von Bauarbeiten für den Anbau im Hofe des städtischen Grundstücks Kaiserstraße 143 wie folgt: Herstellung des eichenen Parkettbodens an Anton Himmelsbach, Herstellung des eisernen Oberlichts an Friedrich Butterfaß, Verglasung des eisernen Oberlichts an Ludwig Seiderer hier, die Lieferung der Wäsche für die städtische Badeanstalt (Vierordt-Bad) wie folgt: Gerstekorn-Badetücher, Gerstekorn-Handtücher, Badehosen und Kopftücher an die Firma August Schulz, Bademäntel, Dampfbadeschürzen und weiße Männer- und Frauen-Schürzen an die Firma Chr. Oertel, Leinentücher und Frauenhemden an Gustav Oberst hier.

Herr Gastwirt Wilhelm Webel „Zum wilden Mann" hier hat dem Stadtgarten zwei Turmfalken zugewendet. Auch hierfür spricht der Stadtrat Dank aus.

Der überfallene Metzgerbursche.

Am 9. des vorigen Monats meldeten wir nach dem Polizeibericht den folgenden Vorfall: „In der Nacht vom 8. ds. Mts., kurz vor 12 Uhr, kam der 23 Jahre alte Metzgerbursche F. L. aus Flehingen, der bis zum 1. ds. Mts. hier in Stellung war, auf die Polizeiwache am Mühlburger Tor und machte die Anzeige: er sei abends 6 Uhr mit einem Fahrrad von hier nach Linkenheim gefahren, um dort einen Abschiedsbesuch zu machen, da er von hier abreisen wollte. Auf dem Rückwege, etwa um ¼11 Uhr, sei er auf der Landstraße, Gemarkung Eggenstein, von 2 Unbekannten, die ihre Gesichter mit Tücher verhüllt hatten, angehalten worden. Einer von ihnen habe 6 Schüsse aus einem Revolver auf ihn abgegeben und ihn dadurch an der Nase, der rechten Schläfe und über dem linken Ohr so schwer verletzt, daß er über eine Stunde bewußtlos liegen geblieben war. Als er wieder zu sich kam, habe er eine Kerze angezündet, sein Fahrrad, seine Joppe, sein leeres Portemonnaie und 86 Pfennig zerstreut auf dem Boden liegend gefunden, während ihm 40 M. geraubt waren. Daraufhin habe er sich aufgerafft und sei hierher gefahren. Der Verletzte wurde, nachdem er Anzeige erstattet, in das Diakonissenhaus verbracht. Die Erhebungen haben bis jetzt ergeben, daß der angeblich Beraubte ein aufgeregter Mensch und zeitweise nicht recht bei Sinnen ist; seine Mutter ist in einer Irrenanstalt untergebracht. Es ist daher kaum anzunehmen, daß hier ein Verbrechen Dritter vorliegt, wenigstens haben die mit allem Nachdruck betriebenen Fahndungen bis jetzt keine Anhaltspunkte ergeben, sondern daß er sich die Verletzungen selbst beigebracht hat."

Jetzt macht uns der Metzger F. L. — allerdings etwas spät — schriftlich die Eröffnung, daß er tatsächlich überfallen worden sei. Es könne keine Rede davon sein, daß er nicht als zurechnungsfähig anzusehen ist, da er bei der Firma Hensel 8 Jahre in Stellung war und folgendes Zeugnis ausgestellt bekam:

Karlsruhe, den 29. Mai 1909.

Zeugnis.

Dem Friedrich Lieb aus Flehingen wird hierdurch bescheinigt, daß derselbe bei uns vom 26. Februar 1901 bis 29. Mai 1909 als Hausbursche angestellt war.

In dieser langen Zeit hat sich derselbe als treuer, ehrlicher, fleißiger Mensch geführt und waren wir mit demselben in jeder Weise zufrieden. Wir wünschen ihm Glück zu seinem weiteren Fortkommen.

Gebr. Hensel.
K. Moes.

In diesen 8 Jahren habe niemand etwas bemerkt, daß der Lieb, wie der Polizeibericht sagt, „nicht recht bei Sinnen ist". Die Schüsse, die Lieb erhalten habe, zeugten auch dafür, daß er sich diese nicht selbst beigebracht haben könne. Es handle sich also in der Tat um einen Ueberfall, der von zwei Personen ausgeführt worden sei.

Zum Kapitel Schundliteratur.

Der Fremdenverkehrsverein Karlsruhe legt Wert auf die Feststellung, „daß der Pächter des Zeitungskiosks beim Hotel „Germania" — nur mit diesem Kiosk steht der Verkehrsverein in Verbindung — nach § 6 des Pachtvertrags verpflichtet ist, nur „Literatur anständigen Inhalts" zum Verkaufe auszulegen und die periodische Revision der ausgelegten Literatur durch den Verkehrsverein und die Polizei sich gefallen zu lassen. Bei Zuwiderhandlungen tritt eine empfindliche Vertragsstrafe und eventuell Vertragsauflösung ein. Diese Revisionen und zwar auch der im Kiosk sonst aufbewahrten Bücher und Drucksachen, für die in der Auslage kein Platz vorhanden ist, sind seither in geeigneten Zeiträumen durch ein Mitglied unseres Vorstandes vorgenommen worden und haben keinerlei unanständige Schriften und Bücher zu Tage gefördert, worüber die Revisionsprotokolle bei unsern Akten Aufschluß geben."

Wir nehmen davon Notiz, bemerken aber, daß uns einige Hefte vorgelegen haben, die zwar nicht direkt als Schundliteratur zu bezeichnen sind, die dieses Gebiet aber stark streifen. Die Titel dieser Hefte zu veröffentlichen, behalten wir uns vor. Im übrigen ist es erfreulich, daß der Fremdenverkehrsverein sich mit uns energisch um die Fernhaltung von Schmutz- und Schundliteratur bemüht.

* **Stadtgarten-Theater.** Heute Dienstag findet eine Wiederholung der zugkräftigen Operette „Die Dollarprinzessin" mit Frl. Ivanovic als Alice statt.

* **Zum Besuch des Stadtgartens** wurden am Sonntag vormittag rund 5000, am Nachmittag rund 4000 Eintrittskarten gelöst.

* **Tarifvergünstigung auf der Straßenbahn.** Nach einer Bekanntmachung des städtischen Straßenbahnamts ist in Zukunft die Befahrung von 20 Pf.-Strecken auch gegen Entwertung von zwei Heftfahrscheinen zu je 8 Pf. gestattet. — Diese Neuerung dürfte beim Publikum mit Freuden begrüßt werden.

* **Ein Landpostbote** aus Hausen i. T. wurde festgenommen, weil er eine große Anzahl Briefe und 65 M. Posteinzahlungsgelder unterschlug und die Empfangsbescheinigungen fälschte.

* **Einen Unterstützungsfond für Angestellte** hat in anerkennenswerter Weise die Firma Leipheimer u. Mende anläßlich ihres Jubiläums gegründet. Er beträgt 20 000 Mk. und wird von der Firma mit 5 Proz. verzinst. Dieser dadurch gewonnene Betrag von 1000 Mk. wird zur Unterstützung der Angestellten oder deren Hinterbliebenen bei Krankheit oder unverschuldeten Unglücksfällen verwendet.

Prozeß Hamann.

Am Montag Vormittag begann bei dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin 1 die Verhandlung gegen den wirkl. Geh. Legationsrat Dr. Hamann wegen Meineids. Nach Auslosung der Geschworenen beschloß das Gericht, den völligen Ausschluß der Oeffentlichkeit. Das auswärtige Amt hatte zwei Stenographen entsandt, die den Gang der Verhandlung wörtlich aufnehmen sollen, damit geprüft werden kann, ob Anlaß vorliegt, gegen den Angeklagten ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Der Nebenkläger Prof. Schmitz beantragte, ihm auch die Zuziehung eines Stenographen zu gestatten. Der Gerichtshof beschloß, die Stenographen des auswärtigen Amtes zuzulassen, den Antrag des Prof. Schmitz aber abzulehnen, weil er als Nebenkläger der Verhandlung während ihrer ganzen Dauer beiwohnen und sich selber Aufzeichnungen machen könne. Daraufhin wurde der Saal geräumt, auch die Vertreter der Presse mußten sich entfernen.

*

Der Prozeß wurde kurz nach Mitternacht auf heute Vormittag 10 Uhr vertagt. Die Beweisaufnahme war Punkt 12 Uhr nachts beendet, dann erklärte der Nebenkläger Professor Schmitz, er sei nicht mehr imstande, der Verhandlung zu folgen. Heute sollen die Plaidoyers beginnen.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Radfahrer-Bundesverein „Frisch auf"). Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung. Heute Dienstag, 6. Juli, abends ½9 Uhr, im „Darmstädter Hof".
3454 Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

S. H. Die Sache ist doch zu geringfügig, als daß man davon Notiz nehmen könnte.

Stockach. K. Senden Sie uns sofort die betr. Nummer.

Unserer heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Buchhandlung „Volksfreund" bei. In der Romanbibliothek „In Freien Stunden" erscheint fürs 2. Halbjahr der Roman „Stefan von Grillenhof" von Mina Kautsky. — Jede Woche erscheint ein reich illustriertes Heft für 10 Pf.

MAGGIs Suppen sind unstreitig die besten!

Jede Suppe hat den ihr eigenen, natürlichen Wohlgeschmack.

3458 Man verlange ausdrücklich MAGGIs Suppen.

Mehr als 40 Sorten.

„MAGGIs gute, sparsame Küche".

Männergesangverein Karlsruhe, E. V.

Todes-Anzeige.

Unsern werten Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied,

Herr Emil Niemann

am Sonntag nachmittag gestorben ist.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 6. Juli, nachmittags 3 Uhr statt und ersuchen wir die Mitglieder um zahlreiche Beteiligung. 3457

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Begräbnis sowie für die reichen Kranzspenden und ganz besonders für den erhebenden Grabgesang des Gesangvereins „Lassallia" sprechen wir unseren innigsten Dank aus. 3463

Familie Schöffler,
Familie Wackershauser.

Metzger-Verband Karlsruhe.

Nachstehende Firmen haben die Forderungen der Gehilfen bewilligt und bitten wir die Arbeiterschaft diese bei ihren Einkäufen zu berücksichtigen.

Dietrich, Friedrich, Wilhelmstraße 28,
Hensel, Gebr., Marienstraße 70,
„ Rüppurrerstraße 21,
„ Schützenstraße 38,
„ Winterstraße 51,
Käppele, Ludwig, Schützenstraße 52,
„ Augartenstraße 30,
Kling, Winterstraße 37,
Schneider, Gebr., Ecke Wilhelm- u. Winterstraße,
Volz, Karl, Augartenstraße 49,
Zippelius, Karl, Werderstraße 45. 3287

Unübertroffen

an Güte u. Qualität sind meine berühmten Singer-Nähmaschinen „Krone" 45 Mark. Ueber 100 000 Maschinen im Verkehr. Die weltbekannte Nähmaschinen-Großfirma M. Jacobsohn, Berlin N. 24, Linienstr. 126, Lieferant von Post-, Pr. Staats- u. Reichseisenbahnbeamte, Lehrer-, Militär-, Krieger-Vereine, versendet die neueste deutsche hocharmige Singer-Nähmaschine Krone mit hygienischer Fussruhe für alle Arten Schneiderei, für 40, 45, 48, 50 Mk. 4 wöchentliche Probezeit. 5 Jahre Garantie. Jubiläums-Katalog, Anerkennungen gratis. **Militaria-Zollerräder,** elegante schöne Bauart, beliebteste Marken, stabil, leichtlaufend, von 60 Mk. an. Neueste Patent-Wasch-Maschine, Rollmaschinen mit Platte billigst.

Northeim, Han., Wallstr. 8, 10. 12. 06.
Da meine Frau schon vor 14 Jahren eine Nähmaschine Krone 18 von Ihnen bezogen hat, und sehr damit zufrieden ist, so bitte ich Sie, mir noch eine zu senden.
A. Dierbach, Königl. Locomotiv-Heizer.

Berthold-Apotheke
3019 **Karlsruhe i. B.**
1 Rintheimerstrasse 1
Telephon 2686
Josef Becker.

10 Pfennig 5 Pfennig
kostet ein Packet **Haisa-** Veilchen- oder Salmiak-Terpentin Seifenpulver mit Zugabe von prakt. Geschenk-Artikeln. Fabrikanten:
Föll & Schmalz, Bruchsal.

Partei-Buchhandlung
26 Markgrafenstrasse 26
empfiehlt
alle einschlägige Literatur
sowie
sämtliche Schulartikel

S. Model

Gegr. 1836. 3450

Kinder-Konfektion

Woll- und Waschstoff-Kleider
für das Alter von 2—14 Jahren
ausserordentlich im Preise zurückgesetzt!
Mk. 2.50, Mk. 4.—, Mk. 6.—, Mk. 7.—, Mk. 8.50, Mk. 10.—
Mk. 15.—, Mk. 20.,— Mk. 25.—, Mk. 30.—, Mk. 35.—
per Stück.

In diesen Serien sind Kinderkleider in allen Arten u. Grössen vertreten.
— Grösste Auswahl. —

Grosse Preisermässigung
auf

Mädchen-Paletots	20%
Knaben-Wollanzüge	15%
Knaben-Waschanzüge	10%
Knaben-Pyjecks	20%
Kinder-Blusen	10%

Kinder-Hüte 20%

Das gesamte Lager in
Damen-Konfektion
ist der vorgerückten Jahreszeit halber
bedeutend im Preise herabgesetzt.

Garantiert reiner **Apfelwein** hellfarbig und gut bekömmlich per Ltr. 23 ₰
Luger u. Filialen
Durlach. 2771

Alona Fahrräder
m. Zubehörteile enorm billig. Kataloge gratis. Vertreter gesucht. Fahrradhaus Wiehre Freiburg i. B. G.

Reparaturen
an Nähmaschinen und Fahrrädern führt schnell u. billig aus
M. Rahm,
Mechaniker 3110
— Brahmstraße Nr. 3. —

Nur solide, billige **Schuhwaren** aller Art kauft man am besten bei
Wilh. Müller,
Geibelstr. 4 beim Mühlburger Bahnhof

Frisch eingetroffen:
Frische französische Aprikosen
Pfd. 35 Pfg.
Tomaten
Pfund 25 Pfg.
Bohnen
Pfund 20 Pfg.
Holländer Gurken
Stück 15, 20 und 25 Pfg.
empfehlen: 3432
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Die **stenograph. Berichte** vom letzten badischen Landtag, in vier stattlichen Bänden gebunden, sofort zu verkaufen.
Buchhandlung Volksfreund.

Volontär-Stelle.
Auf 1. August ds. Js. ist die Stelle eines
Volontärs
bei uns zu besetzen. 3462
Bewerbungen wollen alsbald eingereicht werden.
Verwaltung des städt. Krankenhauses.

Wirtschaft
Die Wirtschaft zum **„Stolzenfels", Augartenstr. 19,** ist sofort an tüchtige, kautionsfähige Wirtsleute zu vermieten.
Brauerei A. Printz
Kaiserallee 15.
3461

Schöne 2 Zimmerwohnungen
mit Kochgas im Hinterhaus auf sofort oder später zu vermieten.
Näheres Rüppurrerstr. 20 Bureau. 3063

Holzkoffer, gebrauchter, zu kaufen gesucht.
K. Lauer, Rankestr. 18, 4.

Goethestr. 24, V. 4. r., sind 2 schön möbl. Zimmer an ruh. Arbeiter billig zu vermieten.

Gartenstr. 68, 5. l., Eing. Lessingstr., möbl. Zimmer sof. oder später zu verm. 3481

2-Zimmer-Wohnung
von kl. Fam. i. d. Oststadt auf 1. Okt. zu mieten gesucht. Off. m. Preisangabe Humboldtstr. 6, 2. r.

Kinderwagen gut erhalten, engl. Drehbank u. Strickmaschine zu verk. Maienstraße 1a, Hth. 2. St. r.

Möbliertes Zimmer
zu vermieten 3393
Rüppurrerstraße 23, 3.

Damen- u. Kinderkleider
werden billigst angefertigt
Schützenstraße 62, 3. St.

Laden od. Büro von junger Frau sofort gesucht; auch wird Wäsche zum waschen angenommen. 3456
Marienstr. 59, Hth. 2. St.

Kinderwagen, gut erhalten, für 6 Mk. zu verkaufen. 3452
Werderstr. 6, Hth. 1. St.

Kanapee, neu überz. für nur 20 und 25 Mk. zu verkaufen. Schützenstraße 52, 2. St. 3341

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen vom 1. Juli: Daniel Meier von Nonnenweier, Kaufmann allda, mit Sara Kahn von Graben. Friedrich Köhler von Marienwerder, Kaufmann in Achern, mit Melita Stösser von hier. Friedrich Schaßner von hier, Eisendreher hier, mit Anna Ziebold von Bulach. Theobald Maisenhölder von Unteröwisheim, mit Elisabetha Vierling von Hasselbach. Franz Hoffmann von Forst, Friseur hier, mit Christine Deusch von Lehengericht.

Geburten vom 22.—28. Juni: Hildegard Margarete, V. Gg. Himmelmann, Metzger. Marie Magdalena, V. Eugen Blum, Konditor. Arthur, V. Max Anton Eifinger, Holzhändler. Hilda Emma, V. Adolf Bucher, Wagenwärtergehilfe. Wilh. Friedrich, V. Wilh. Friedr. Mayer, Hausmeister. Maria Elisabeth, Vater Ludw. Nußberger, Maler. Lina Bertha, V. Gust. Lichtenwalter, Installateur. Franz Xaver, V. Mathias Ohnemus, Hilfsweichenwärter. Walter Ernst, V. Ernst Hofmeister, Schriftsetzer.

Todesfälle vom 29.—30. Juni. Helene, alt 7 J., Vater Franz Günther, Oberwächter. Wilhelm Belitzky, Ober-Militär-Intendantur-Sekretär, ein Ehemann, alt 44 J. Luise Schmidt, Fabrikarbeiterin, ledig, alt 17 J. Josef Müller, Bahnwärter a. D., ein Witwer, alt 81 J. Georg Schaller, Weichenwärter, ein Ehemann, alt 59 J. Lina Höflein, Kleidermacherin, ledig, alt 22 Jahre.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 22. bis 29. Juni: Maria Magdalena, Vater Ludwig Goldschmidt, Stadttaglöhner. Emma Maria, Vater Johann Jakob Atz, Schuhmacher. Rudolf Heinrich, Vater Hans Friedrich Otto Böttger, Ingenieur. Hermann, Vater Leopold Gersbacher, Säger. Johanna, Vater Johann Jakob Schmitt, Steinhauer. Anna Frida, Juliana, Vater Christoph Karl Friedrich Kieser, Schlosser. Mathilde Juli, Vater Anton Martin, Bahnsteigschaffner. Hildegard Anna, Vater Franz Jakob Esaias, Schlosser.

Eheschließung am 1. Juli: Siegfried Hauser, Kaufmann von Endingen, Amt Emmendingen, und Lina Fröhlich, ohne Beruf, von hier.

Sterbefälle vom 24. Juni bis 1. Juli: Marie, Vater Franz Xaver Unger, Maurer, 1 Jahr 2 Monate alt. August Rittershofer, Privatier, Witwer, 75 Jahre alt. Ein totgeborener Knabe, Vater Georg Bender, Wirt.

Einladung.

Zur Feier des Geburtstages Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs

findet

Mittwoch, den 7. Juli d. Js., abends halb 9 Uhr, im großen Saale der Festhalle

ein

Fest-Bankett

mit dem unten folgenden Programm statt.

Zu recht zahlreicher Teilnahme an dieser patriotischen Veranstaltung beehren wir uns hierdurch unsere Mitbürger ergebenst einzuladen.

Besondere Einladungen ergehen nicht. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

In den **Saal** haben **nur Herren** Zutritt, die **obere Galerie bleibt den Damen** der an der Feier teilnehmenden Vereine vorbehalten; die Damen haben sich durch die an die Vereine bereits verabfolgten Zutrittskarten auszuweisen.

Der Zugang zum Saal und zur unteren Galerie ist durch die Garderoben auf beiden Seiten der Festhalle und durch das Hauptportal zu nehmen, der Zugang zur oberen Galerie durch die Garderoben oder über die äußeren Galerie-Aufgänge.

Der Fest-Ausschuß:

Arnsperger, Oberamtmann, Vorsitzender des Hardtgau-Militärvereinsverbandes; **Baumann,** Hoforganist, derzeit Dirigent der vereinigten Männergesangvereine; **Dr. Binz,** Rechtsanwalt und Stadtrat; **Dewerth,** Kaufmann und Stadtrat; **Ebert,** Professor, Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der Karlsruher Turnvereine; **Fink,** Reallehrer; **Frey** Ernst, Kammerstenograph; **Glaser,** Kaufmann und Stadtrat; **Gerlach,** Direktor, Dirigent der „Concordia"; **Dr. Goldschmit,** Professor; **Harrer,** Rechtsanwalt, Präsident der „Liederhalle: **Dr. Hausrath** August, Professor; **Heck** Jos., Malermeister, Vorsitzender der „Concordia"; **Heilig,** Kunstmaler, Vorsitzender des Vereins bildender Künstler; **Käppele,** Wurstlermeister und Stadtrat; **Kölsch,** Kaufmann nnd Stadtrat; **Ostertag,** Privatmann und Stadtrat; **Raupp,** stud., Vorsitzender des S.C. an der Fridericiana; **Rebmann,** Geh. Hofrat, Präsident des „Liederkranzes", derzeit Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstandes der vereinigten Männergesangvereine; **Scheidt,** Professor, Dirigent des „Liederkranzes"; **Schottmüller,** stud., Vorsitzender des Studentenverbandes der Fridericiana; **Schwaninger,** Oberrechnungsrat, Vorsitzender des Alb- und Pfinzgau-Militärvereinsverbandes; **Schlebach,** Blechnermeister und Stadtrat; **Siegrist,** Oberbürgermeister; **Dr. Weill** Friedrich, Rechtsanwalt und Stadtrat; **Williard,** Großh. Baurat a. D.; **Wilser** Adolf, Kaufmann und Verbandsdirektor.

Programm.

***

1. Zwei altbadische Märsche aus dem 18. Jahrhundert (Zum ersten Male) . . . C. M. v. Weber.
2. Ouverture zu „Euryanthe" . . . . . .
3. a) Wandern im Wald } Männerchöre . . . . . { Julius Klump. Simon Breu.
   b) Ewig liebe Heimat }
   Männergesangverein „Concordia" unter Leitung seines Dirigenten des Herrn Direktors Theodor Gerlach.
2. Trinkspruch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog.
   Herr Professor Karl Widmer. Daran anschließend: Allgemeiner Gesang mit Orchesterbegleitung: Badische Fürstenhymne.
5. Tonbilder aus dem Musikdrama „Die Walküre" . . . . . R. Wagner.
   a. Vorspiel des zweiten Aufzuges. — b. Erster Aufzug, dritte Szene. Sigmund: „Was gleißt dort hell im Glimmerschein?" — c. Dritter Aufzug, erste Szene. Brünhilde: „Fort denn eile, nach Osten gewandt!" — d. Zweiter Aufzug, Schluß der zweiten und Anfang der dritten Szene. Siegmund: „Winterstürme wichen dem Wonnemond." — e. Dritter Aufzug: „Walkürenritt und Feuerzauber".
6. a) Der Sänger } Lieder für Bariton . . . . . { Rob. Schumann. Hugo Wolf.
   b) Heimweh }
   Herr Konzertsänger Fritz Haas.
7. „Deutsche Lieder". Fantasie . . . . . Ed. Strauß.
   1. „Der Trompeter" von Speyer. 2. „Mein Liebster ist im Dorf der Schmied" von Hölzel. 3. „Es hat nicht sollen sein" von Abt. 4. „Schlaf wohl, du süßer Engel du" von Abt. 5. „Wie mir's im Herzen" von Gumbert. 8. „Gute Nacht, du mein herziges Kind" von Abt.
8 a) Sonntag ist's } Männerchöre . . . . . { Karl Weidt. Adolf Kirchl.
   b) Abschied }
   Männergesangverein „Concordia".
9. Lanner'sche Walzer-Perlen, angereiht . . . . . Ed. Kremser.

Am Klavier: Herr Musikdirektor August Hoffmeister. 3291

Musik: Die Kapelle des 1. Badischen Leibgrenadier-Regiments Nr. 109 unter Leitung des Königlichen Musikdirektors Herrn Adolf Boettge.

Achtung! **Achtung!**

Vereinigte Arbeiter-Vereine Durlach.

Sonntag, den 11. Juli, im Rittnertwald

Grosses Waldfest

bestehend in **Musik, Gesang, Gabenverlosung, Preisschießen, Plattenwerfen** und **sonstige Kinder-** und **Volksbestigung.**

Für **gute Speisen** und **Getränke** ist bestens gesorgt; **ff. Bier** aus der **Brauerei Eglau.**

Mitglieder haben sich bei den Unterhaltungsspielen durch Mitgliedsbuch oder durch die rote Karte zu legitimieren.

Abmarsch punkt halb 2 Uhr vom Schloßgarten. 3451

Der Weg ist durch Wegweiser angezeigt.

Hierzu laden wir Freunde und Anhänger unserer Sache von Durlach und Umgegend freundlichst ein. **Die Kommission.**

Abschlag!

Feinste neue Italiener

Kartoffeln

beste gelbe Salatkartoffeln

3 Pfund **20** Pfg.

Zentner Mk. **6.25**

empfehlen 3455

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

in den bekannten Verkaufsstellen.

Zu verkaufen

ein vollständiges Bett für 25 Mark. 3458

Brunnenstr. 5, part.

An- und Verkauf

getragener und neuer Kleider, Schuhe, Stiefel, Blousen, Schürzen, Uhren, Koffer usw.

Frau **Rosa Gut,**

Brunnenstr. 5, 3087

nächst der Markgrafenstraße.

Schillerstr. 33, Hth. 4. St., ist ein **möbl. Zimmer** an soliden Arbeiter zu vermieten.

Geschäfts-Verlegung- und Empfehlung.

Meiner werten Kundschaft bringe ich zur gefl. Kenntnis, daß ich am 1. Juli mein

Eier- u. Butter-Spezial-Geschäft

von **Luisenstraße 63** nach

Schützenstrasse 63 a

(Ecke Rüppurrerstraße) verlegt habe.

Indem ich für das mir bisher geschenkte Vertrauen bestens danke, ersuche ich dasselbe mir auch im neuen Lokale entgegenbringen zu wollen und versichere auch fernerhin stets **nur tadellose frische Ware** zu den **billigsten Tagespreisen** zu liefern. 3433

Hochachtungsvoll

Wilhelm Guthörle

Telefon 1312. Schützenstrasse 63a.

Vereinsbank Karlsruhe.

eingetrag. Genossenschaft mit unbeschr. Haftpflicht

Kreuzstrasse 1 16

gewährt ihren Mitgliedern **Vorschüsse auf bestimmte Zeit, Kredite in laufender Rechnung** und **diskondiert Wechsel;** besorgt **An- u. Verkauf von Effekten** u. dergl., **Umwechslung von Zins- u. Dividenden-Scheinen u. fremden Geldsorten. Einholen neuer Kupons- u. Dividendenbogen, Umtausch von Interimsscheinen in definitive Stücke** u. dergl., **Einkassierung von Wechseln, Auszahlung von Wechseln nach allen Plätzen, vermittelt Hypothekenkapital,** nimmt auch von Nichtmitgliedern **Bareinlagen auf Scheck-Konto** unter kostenfreier Abgabe von **Scheckbüchern, auf Sparbuch, auch unter leihweiser Ueberlassung einer Haussparbüchse und mit längerer Kündigung,** sowie **verschlossene und offene Depots zur Verwahrung u. Verwaltung** unter voller Haftbarkeit nach den Bestimmungen des Gesetzes, vermietet in ihrer **Stahlkammer** Schrankfächer zur Aufbewahrung von Dokumenten, Wertpapieren, Edelmetallen und Schmuckgegenständen bestimmt, **unter Selbstverschluss der einzelnen Mieter.**

Am **Montag den 5. Juli** beginnt mein

Inventur-Ausverkauf.

Während desselben gewähre ich auf **sämtliche Artikel**

10% oder doppelte Rabattmarken.

Ausserdem sind in allen **Abteilungen zurückgesetzte Waren** zu **ausserordentlich billigen Preisen** aufgelegt. 3449

Auf **RESTE**

gewähre ich **20% Rabatt** oder **4fache Rabattmarken.**

Christ. Oertel

Kaiserstr. 101|103

Telefon 217

Manufaktur-, Mode- und Ausstattungs-Geschäft.

Badenia-Fahrräder!

erstklassiges badisches Fabrikat

Nr. 131 II nur Mk. **88.—**, netto Cassa, in schöner Auswahl, mit Freilauf **12 M.** mehr.

Reparaturwerkstätte mit Motorbetrieb. Einsetzen von Freilaufnaben, vernickeln emaillieren in eigenem Emaillierofen.

Großes Lager sämtlicher Ersatzteile. Niederlage der **Continental Pneumatik-Marke** in Mäntel, Schläuche usw. unter Garantie. **Rabatt-Marken.** Radfahrer-Vereine erhalten Engros-Preise. 1646

Preislisten gratis.

Alleiniger Vertreter am Platze

J. Blum, 49 Schützenstrasse 49.

Carl Finkelstein

Schützenstraße 59 **Telephon 2402**

empfiehlt instets frischer Füllung bei Bezug von:

25 Sodawasser	5	Pfg. per Flasche
25 versch. Limonaden	9	" "

Alfina-Brause, das Beste der Gegenwart 25 Fl. 2.50 Mk.

Nach auswärts kleine Preiserhöhung.

Bitte genau auf Firma zu achten 2935

Arbeiter! agitiert für den Volksfreund!